

# Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Raft“): Emil Müller, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Stübgen, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Franke & Co., Magdeburg, Gr. Mühlstr. 3. Fernsprechanhänge: Inserate 1567, Redaktion 1794, Verlag und Druckerel 961. — Zeitungspreisliste Seite 404. —

Bezugpreis: Vierteljährlich einschl. Zustellung 2.25 Mk., monatlich 80 Pf. Beim Abholen von der Expedition und bei Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 Mk. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pf. — Inseratpreis: die 7 gespaltene Kolonelle 15 Pf., Inserate von auswärts 25 Pf., im Restamtteil Zeile 1 Mk. Postkontonummer: Nr. 5258 Berlin. — Etwaiger Rabatt kann verweigert werden, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt.

Nr. 200.

Magdeburg, Mittwoch den 27. August 1913.

24. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Raft“.

## Relheim.

Die deutsche Wissenschaft besitzt bisher keine Geschichte der Freiheitskriege, sondern sie hat nur Legenden hervorgebracht. Drei Grundrichtungen der Legendenbildung lassen sich unterscheiden: die byzantinische, die nationalistische, die radikale Legende. Die byzantinische dreht den Leierkasten: der König rief und alle, alle kamen. Die nationalistische Auffassung läßt die deutschen Völker in einem gewaltigen Aufstand des Stammesgefühls und des Einheitsdrangs die Fremdherrschaft abschütteln. Die radikale Darstellung endlich sieht in dem Kampfe gegen Napoleon einen wirklichen Freiheitskrieg, der die innere Befreiung der Völker auch von den eignen Machthabern zum Ziele hat, und der mit der Verfolgung der durch die Versprechungen der Fürsten gelockten und betrogenen Freiheitskämpfer endet. Die byzantinische Legende ist abgetan, kein Forscher, der auf Reputation Wert legt, wagt sie heute noch zu wiederholen. Die Freiheitskriege sind gegen den Willen der Fürsten geführt worden. Aber die Führung hatten doch nicht die Völker; darin irrt die nationalistische wie die radikale Auffassung. Die Führung hatte der alte Feudaladel.

Die deutsche Einheit, die erstrebt werden sollte, war eine Auffaugung Deutschlands durch die preussische Monarchie. Und von politischer Freiheit war vollends nie im Ernste die Rede. Es ist im Grunde niemand betrogen worden. Die leidenschaftliche und idealistische Jugend der Zeit, die sich opferte, verstand nur nicht Sinn und Richtung der Bewegung, in die sie hineingerissen war. Der heutigen Erkenntnis aber, die sehen will, ist die Bedeutung der Freiheitskriege durchaus klar. Weltpolitisch betrachtet, ist der Sturz Napoleons der kapitalistisch industrielle Sieg Englands über das kontinentale Europa. Von der innern Politik der Völker aus beurteilt, sind die Freiheitskriege die siegreiche Konterrevolution gegen die Freiheit von 1789.

Wenn die Freiheitskriege jene Bedeutung gehabt hätten, die ihnen die nationalistische und radikale Legende andichtet, so wäre heute jene Fürstenschau unmöglich, die am 25. August das stille Relheim in ein Heerlager von Monarchen, Prinzen, Offizieren, zahlungsunfähigen Gassen (25 Mark der Tribünen!), Politzisten, Gendarmen und vielen vielen Spikeln verwandelte. Das ist nicht sowohl die Gedenkfeier eines Freiheitskampfes der Völker als vielmehr die Wiederholung jenes Wiener Kongresses, auf dem die Fürsten und Adligen Europas um Länder und Völker feilschten und die Revolution zu Grabe trugen. Die byzantinische Legende wird in Relheim mit all dem kostspieligen dekorativen Tand eines höfischen Prunkfestes aufgeführt, bei der sogar die spontanen Ausbrüche der monarchischen Huldigungen des nicht vorhandenen Volkes in geheiligten Dienstleistungen, die aber ein betrüblicher Betriebsunfall an die Deffentlichkeit brachte, sorgfältig eingegliedert sind. Was für eine angemessene Ehrung des Andenkens an einen Freiheitskrieg der Völker, wo für die erscheinenden Fürstlichkeiten keine größere Sorge betätigt wird, als sie peinlich und gründlich von allem Volke abzuheben!

Freilich ein wenig geschichtliche Wahrheit können die Gäste der Relheimer Vereinskasse selbst bei dieser Gelegenheit lernen. Sie brauchen nur die germanischen Heldenjungfrauen aus weißem Marmor zu zählen, die die deutschen Bundesstaaten darstellen. Hier und drei bis vier Stüde waren es noch vor 50 Jahren, als der von der Revolution pensionierte König Ludwig I. von Bayern die Relheimer Befreiungshalle weihte. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß selbst germanische Heldenjungfrauen fallen können. Es sind heute ein paar Marmorfiguren zuviel. Preußen hat derweile ja einige Monarchien von Gottes Gnaden geschluckt, und übrig sind lediglich die armen Marmorfiguren in Relheim, denen nun die Wirklichkeit fehlt, die sie symbolisieren. Die Monarchen von Hannover, Kurhessen und Nassau werden an diesem Montag nicht ihre deutsch-patriotischen Gefühle manifestieren können, und wenn die Vertreter der noch lebenden deutschen Fürstentümer jene Marmorjungfrauen mit geschichtlichem Blicke betrachten, so werden sie immerhin einiges Verständnis für die Begebenheiten von 1813/15 gewinnen. Damals kam Preußens Eroberungszug durch Deutschland ein großes Stück weiter.

Nur eins ist heute ebensowenig wie vor 50 Jahren zu begreifen, warum gerade in Bayern das Andenken an die Befreiungskriege so monumental gefeiert werden muß. Denn Bayern verdaht wie die andern Rheinbundstaaten

keine Bedeutung Napoleon. Ihm schuldet es nicht nur seine territoriale Größe, sondern vor allem den Aufschwung zu einem modernen Staatswesen. Und der Sturz Napoleons führte für Bayern eine Verarmung des Landes und eine nicht mehr ausgeglichene Schwächung seiner Macht herbei. Und wie Bayern, müssen auch die Mehrzahl der andern Fürsten, Sachsen vor allem, in Relheim traurige Erinnerungen an ihre Niederlage von 1813 hegen.

Die einzige Rechtfertigung, die man für die Lokalisierung des Fürstentums in Bayern anführen kann, ist die bekannte unerhörte Leutschnheit des ersten Ludwig. Aber leider ist auch sie nur eine, wenn auch lyrisch verstärkte Legende. Ludwig, der Sohn eines französischen Offiziers, das Patentkind Ludwigs 16. von Frankreich, der schon als Wiegengesehnt ein reich dotiertes französisches Offizierspatent erhielt, war bis in die letzten Zeiten der napoleonischen Macht auch ein Anhänger des Korin und der überhöchlichste Bewunderer seiner Größe. Die Briefe, die der Kronprinz Ludwig an Napoleon richtete, sind derart napoleonisch verziert, daß sie kein bayrischer Historiker bisher nur zu erwähnen wagt. Der Umschwung trat ein, als Napoleons Stern sank, und als Preußen und Rußland drohten, mit den andern Rheinbundstaaten auch Bayern aufzuzählen. Das war der eigentliche Plan des Freiherrn vom Stein. Er wurde durchkreuzt von Oesterreich, das sich im Sommer 1813 von Napoleon los sagte, nicht nur weil sein führender Staatsmann Metternich von England gekauft war, sondern vor allem, weil es durch seine Hilfeleistung für das besiegte Preußen verhindern wollte, daß bei dem dennoch zu erwartenden Untergang Napoleons und seines Reiches Preußen übermächtig sich ausdehnte. In der Tat wurden die Freiheitskriege von den Fürsten viel weniger gegen Frankreich als gegeneinander geführt. Bayern hatte sich in den Schutz Oesterreichs geschlüchtet. Es hatte sich nach langem Zaudern und Schwanken zu Lode geängigt, erst unmittelbar vor der Schlacht bei Leipzig den Verbündeten angeschlossen. Und wenn der Kronprinz Ludwig, entgegen der französischen Politik seines Vaters und des Ministers Montgelas, in der Tat heftig auf die Loslösung von Frankreich drängte, so tat er das, weil er den Verlust des angestammten Königreichs andernfalls fürchten mußte. Als Freiherr vom Stein infolge des österreichischen Machtgebots auf die Verpreußung ganz Deutschlands verzichten mußte, wollte er Preußen wenigstens durch Absehung der Könige der Rheinbundstaaten und durch Beförderung der Kronprinzen eine sichere Gefolgschaft organisieren. Diese teils drohende, teils verheißende Kronprinzenpolitik des preussischen Staatsmanns erklärt die Haltung Ludwigs, der übrigens in der Folgezeit nicht den mindesten Einfluß auf die Politik der bayrischen Regierung hatte, und dessen Deutschtum in demselben Maße zunahm, als er auf die erhoffte Königswürde warten mußte.

Die bayrische Regierung aber erkannte klar die Gefahr, die Bayern von Preußen drohte. Und die ganze Politik Bayerns war hinfort darauf gerichtet, einerseits jede Minderung der eignen Souveränität beim Zusammenschluß der deutschen Staaten zu verhindern, andererseits Preußen überhaupt aus dem deutschen Bunde auszuschließen. Es ging mit den gegen Napoleon verbündeten deutschen Staaten so wie in unsern Tagen mit den Balkanstaaten. Anfang 1815 war man auf dem Wiener Kongreß so weit gekommen, daß Oesterreich, England und Frankreich, im Verein mit Bayern, Hannover und Hessen ein geheimes Bündnis gegen Preußen und Rußland schlossen. Und wenn es nicht zum Kriege zwischen den Verbündeten kam, so deshalb, weil die Rückkehr Napoleons von Elba die Fürsten wieder gegen den gemeinsamen Feind zusammentrieb. Damals war es, als Ernst Moritz Arndt in einer Schrift die revolutionäre Bedeutung des Preußentums kündete, und wenn man in Relheim den richtigen Patriotismus der Freiheitskriege empfinden wollte, so hätte man die Trinksprüche mit den Sätzen des deutsch-preussischen Patrioten Arndt würzen müssen: „Laut und kühn wollen wir es sagen und verkündigen, daß das Alte vergangen ist, und daß das Neue werden muß, laut und kühn wollen wir es sagen und verkündigen, daß das Volk nicht da ist, damit Fürsten seien, sondern daß Fürsten nur da sind als Diener und Bediente des Volkes, und daß sie aufhören müssen, sobald das Volk ihrer nicht mehr bedarf, oder sobald sie sogar das Verderben dieses Volkes sind. Wer ist ein so unwürdiger Knecht und ein so schlechter Deutscher, daß er es jetzt noch wage zu behaupten, daß das deutsche Volk knechtisch, unglücklich, zerrissen, dumm, von Eigenen unterdrückt und von Fremden verhöhnt sei und bleiben müsse, damit Kleinfürsten von Bayern, Sachsen und Hannover, Großherzöge von Darmstadt und Baden und Herzöge von Mecklenburg und Nassau ihr elendes Fürstentum und unbeschränkte Willkür ferner treiben können?“ —

## Beklemmungen und Hoffnungen.

Aus Konstantinopel schreibt uns Genosse Parbus: Es kursieren in Konstantinopel die tollsten Gerüchte. Bald heißt es, die russische Kriegsflotte stehe vor dem Bosphorus, oder die Russen haben Militär in Midia gelandet, oder sie seien in Ostanatolien einmarschiert, bald wieder wird das dementiert, und gleich darauf tauchen genau dieselben Gerüchte wieder auf. Die Gemüter sind in höchster Spannung; so wird denn das geringste Geschehnis zu einem sensationellen Ereignis aufgebauscht.

Großes Aufsehen erregte es, daß ein italienischer Kreuzer seine Schießübungen nicht, wie es immer üblich war, in der Marmara, sondern im Schwarzen Meer abhielt. Ob er nicht deshalb aus dem Bosphorus ging, um nach russischen Kriegsschiffen ein bißchen Umschau zu halten? Auffallend war auch die eilige Abfahrt nach dem Schwarzen Meer der hier stationierten russischen Kriegsschiffe. Es scheinen verdächtige russische Schiffsbewegungen im Schwarzen Meer vorzugehen. Bald kam die Marmararicht, daß der Oesterreichische Lloyd keine Frachtladungen nach Burgas annehme. Ein Kaufmann, dem die Ladung zurückgewiesen wurde, verbreitete das Gerücht. Sofort hieß es: die Russen sind in Burgas gelandet, der Hafen ist gesperrt. Später wurde die Nachricht in der Weise dementiert, daß es sich nur um eine vorübergehende Verhinderung wegen Ueberfüllung der Zollspeicher handle.

Alles dreht sich hier um Rußland! Nur von dieser Seite allein fürchtet man ein aggressives Vorgehen. Die Balkanstaaten sind in den Hintergrund getreten. Die Friedensverhandlungen mit Griechenland ziehen sich zwar in die Länge, aber in allem, was Bulgarien angeht, leistet Griechenland in geradezu demonstrativer Weise der Türkei Vorstoß. So war es der griechische Kommandant, der bei seinem Abzug die türkische Armee einlud, Dedeağaç zu besetzen. Rumänien hat in aller Gemütsruhe seinen Raub vollzogen und denkt auch nicht im geringsten daran, Bulgarien aus der Klemme zu helfen. Bulgarien selbst ist müde und erschöpft. Es muß schon aus Gründen der innern Politik demobilisieren, um die Armeediktatur loszuwerden. Auch drängen die Erntearbeiten. Uebrigens hat der hiesige bulgarische Bevollmächtigte Natshewitsch in aller Form erklärt, daß Bulgarien wegen Adrianopels keinen Krieg führen werde. Man hofft hier sogar, durch direkte Verhandlungen mit Bulgarien zu einer Einigung gelangen zu können. Man verweist Bulgarien darauf, daß es sich jetzt wegen Mazedoniens mit Serbien und Griechenland auseinanderzusetzen habe und zu diesem Zwecke sich die Freundschaft der Türkei sichern müsse. Am Orte selbst, in den von den Griechen und Serben besetzten Gebieten, geht diese Freundschaft, wie mir von in der Regel gut unterrichteter Seite versichert wird, so weit, daß sich bereits bulgarisch-türkische Banden unter Führung bulgarischer Komitadschis bilden, um gegen die neue Herrschaft zu kämpfen. Man fürchtet also die Balkanstaaten nicht mehr. Mit Oesterreich gibt es, nachdem Mazedonien und Albanien nicht mehr türkisch sind, keine territorialen Reibungen mehr. Mit Deutschland gab es überhaupt keine. Italien bemüht sich auffallend, die Freundschaft der Türkei wiederzugewinnen. Also gilt es nur noch, unter den Mächten der Tripelentente eine Scheidung eintreten zu lassen, um Rußland zu isolieren. So kalkuliert man hier.

Die letzte Rede Lord Grens, die erst unangenehm berührt, wird hier jetzt anders gedeutet, ja beinahe als freundschaftliche Kundgebung angesehen. „Besonders die Worte, die er über die Eventualität der Einmischung der Großmächte gesprochen habe,“ — erklärt Hussein Nischawid-Bei in einem Artikel des „Tanin“ — „sind vollkommen geeignet, uns Hoffnungen zu geben und uns zu befriedigen.“ Der türkische Staatsmann meint, die Türken brauchen sich bloß von den Bulgaren nicht provozieren zu lassen, etwa Philippopol zu okkupieren, — dann gibt es keinen Grund zur Intervention der Mächte. Man sucht auf alle mögliche Weise sich bei England einzuschmeicheln; noch mehr aber unschmeichelt man Frankreich. Dabin gehören schon die Feierlichkeiten, die man zu Ehren von Pierre Loti veranstaltete. Man trug sich mit dem Bienen, wie mit einer chinesischen Pagode! Sütterte ihn mit türkischen National Speisen, mit Sammelkett und Schneiseleien, die nicht minder fett und schwer verdaulich waren. Der Turfophile der Pariser Salons sollte Stimmung machen zum Umschwung der öffentlichen Meinung in Frankreich. Eine weitere Kundgebung geschah anlässlich der Gedächtnisfeier für die im Krimkriege gefallenen französischen Soldaten. Viel bemerkt wurde folgender Passus aus der Rede des Kommandanten Chevaller, der in Vertretung des französischen Gesandten sprach: „Damals kämpften Franzosen und Türken neben-

einander; weder die einen noch die andern haben je diese Waffenbrüderschaft vergessen." Der türkische Redner meinte: „Einen Augenblick schien es, daß, gebunden durch andre Freundschaften, Frankreich seine früheren Freunde verlassen wolle. Wir sind glücklich, konstatieren zu können, daß wir uns getäuscht haben.“

Die Spannung zwischen der Türkei und Rußland nimmt indessen beinahe greifbare Formen an. Von Persönlichkeiten, die in der russischen Gesandtschaft ein und ausgehen, wird berichtet, daß man dort bereits die Koffer packt. Vielleicht wird dieses sensationelle Gerücht mit Absicht verbreitet. Denn die weiteren Nachrichten lassen annehmen, daß zwischen Bulgarien und der Türkei Sonderverhandlungen stattfinden und ein bewaffnetes Vorgehen Rußlands ernsthaft nicht mehr in Frage komme. —

## Politische Uebersicht.

Magdeburg, 26. August 1913.

### Ein Dreibund der Ausbeuter.

Herr Alexander Lilla, der Herold einer moralischen Sozialpolitik, hat die Vertiefung seines großen Zukunftsziels, die Vereinigung aller deutschen Arbeiter, nicht mehr erlebt. Was aber am vergangenen Sonntag in Leipzig auf dem sogenannten reichsdeutschen Mittelstandstag vollbracht wurde, ist ein Schritt auf seinem Wege. Zwischen dem Mittelstandsverbande, dem Bunde der Landwirte und dem Zentralverbande deutscher Industrieller ist dort ein neuer Dreibund geschlossen und mit schönen Reden gefeiert worden.

Der Zusammenschluß von Mittelstand, Industrie und Landwirtschaft soll nach dem Referat des Herrn Kübelhaus drei großen Zielen dienen: Aufrechterhaltung der Autorität in allen wirtschaftlichen Betrieben, „Schutz der nationalen Arbeit“ durch Sicherung angemessener Preise und Schutz der „Arbeitswilligen“, zuletzt doch natürlich nicht zumeist: „Bekämpfung der Sozialdemokratie und sozialistischer Irrlehren“.

Daß man sich nicht auf die Sozialdemokratie beschränkt, sondern zugleich auch den „sozialistischen Irrlehren“ den Krieg erklärt, ist mehr als eine stilistische Gewissenhaftigkeit. Denn nach den bekannten Auffassungen der Gründer des neuen Kartells ist ja drei Viertel von dem, was heute an deutschen Universitäten gelehrt wird, „sozialistische Irrlehre“, und selbst leibhaftige Regierungsräte aus dem Reichsamte des Innern haben sich nachsagen lassen müssen, daß sie Verkünder und Verbreiter wirtschaftspolitischen Umsturzes sind. Für diese Professoren und Regierungsbeamten können jetzt schlimme Zeiten anbrechen, wenn die Denunzianten aller drei Gruppen sie zum Ziel ihrer konzentrischen Angriffe machen. Die Sozialdemokratie dagegen hat schon so viel gegen sie gerichtete Verbandsgründungen kommen und gehen sehen, daß sie auch diesem neuen Unternehmen kühl bis ans Herz gegenübersteht.

Eher dürfte die Neugründung schon im liberalen Lager einige Nervosität hervorrufen. Zwar ist, wie in solchen Fällen einmal üblich, von allen Rednern feierlich geschworen worden, daß ihnen „parteiliche Ziele“ völlig fernliegen, doch kann niemand so blind sein, nicht zu bemerken, wohin die Reise geht. Der Dreibund der wirtschaftsreaktionären Gruppen ist ein neuer Versuch, eine Koalition aller rechtsstehenden Elemente zu schaffen, um durch die Stärke der Organisation die noch im linksliberalen Lager stehenden Unternehmer und kleinen Leute zu sich herüberzuziehen. Es ist ein wirtschaftspolitisches Gegenstück zu dem „Bunde der Rechten“, von dem sich die „konservative Korrespondenz“ Wunder erwartet.

In der „Deutschen Tageszeitung“ widmet Herr Vertel in eigener Person dem großen Ereignis einen phrasenreichen Begrüßungsartikel, der in die Worte ausklingt: „Mögen die Hoffnungen, die gestern geweckt worden sind, sich ganz und glänzend erfüllen! Dann wird der 21. August des Jubiläumjahres ein goldener Tag des Segens werden.“ Herr Vertel ist Lyriker genug, um in dem neuen Ausbeuterbund ein „Kartell der schaffenden Arbeit“ zu erblicken, aber es fehlt ihm doch auch wieder nicht der praktische Sinn für die materiellen Interessen seiner Auftraggeber, wenn er schreibt:

Dieser Schutz (der „Arbeit“) kann nur dann aufrecht erhalten werden und wirksam bleiben, wenn angemessene Preise der Arbeitserzeugnisse gesichert, wenn die Arbeitswilligen geschützt, wenn der gefährliche Wettbewerb des Auslandes eingedämmt, wenn die Feinde der Arbeit (!) abgewehrt werden. . . Alle sind angewiesen auf einen ausreichenden Schutz, alle müssen verlangen, daß die Autorität in den wirtschaftlichen Betrieben aufrechterhalten werde, alle müssen zusammenstehen im Kampfe gegen die Sozialdemokratie, die der selbständig schaffenden Arbeit ein Ende bereiten würde.

Das Programm ist klar und eindeutig. Es soll den Unternehmern, die mit Hilfe von Lohnarbeitern Waren herstellen, durch alle Mittel — Schutzzoll, Zunftzwang und Terror — ein „angemessener Preis für die Arbeitserzeugnisse“ gesichert werden, die freilich nicht die Erzeugnisse ihrer Arbeit sind. Verlangen aber die Arbeiter entsprechend dem angemessenen Preise der Arbeitserzeugnisse auch einen angemessenen Lohn und angemessene Arbeitsbedingungen, so sind das sozialdemokratische Umtriebe und sozialistische Irrlehren, die bekämpft werden müssen. Und organisieren sich die Arbeiter, um nach Vater und Vorbild der Unternehmer auch ihre Interessen zu wahren, dann verlangt man im Namen des „Schutzes der Arbeitswilligen“ die Zerschlagung und Vernichtung dieser Organisationen. Man verteuert durch „angemessene Preise“ den Arbeitern die Lebenshaltung, will aber um keinen Preis einen Lohn bezahlen, der diesen ähnlich geschaffenen Leistungsvhältnissen angemessen ist. Und das Ganze nennt sich dann: „Schutz der Arbeit!“

Die Arbeit wird nicht nur unterdrückt, ausgebeutet und zu Boden getreten, man stiehlt ihr zum Schluß auch noch ihren guten ehrlichen Namen, um die schmutzigsten Ausbeuterinteressen mit ihm zu decken! —

### Deutsch-französische Hege.

Jeder Tag bringt neuen Schwindel, neue Erfindungen, neue Aufbauschungen lächerlicher Zwischenfälle. Nachdem sich die „Post“ halbtot gelogen, springt für die Erzhöpfe ihre Essener Gefinnungsgeosin, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, ein. Sie berichtet:

15 elfässische Arbeiter, welche von einem Unternehmer in Mülhausen angeworben wurden, um Arbeiten an den Kasernenbauten in Toulu auszuführen, wurden auf der Baustelle mit beleidigenden Zurufen empfangen. Schließlich wurde die Menge, die sich angesammelt hatte, sehr erregt und drang mit Knütteln und Knüppeln auf die elfässischen Arbeiter ein. Von Militär oder Polizei zum Schutze war nichts zu bemerken. Die Arbeiter mußten unter Hinterlassung ihrer Habe flüchten und konnten erst in Nanzig polizeiliche Unterstützung erhalten.

Nähere Nachrichten über diesen „Zwischenfall“ — wir wissen nicht dem wievielten der letzten 14 Tage — werden abzuwarten sein. Soffentlich handelt es sich nicht um arbeitswillige Lohnrücker, denen der unfreundliche Empfang bereitet wurde, dann wird ohne Eingreifen der Regierung, das von der chauvinistischen Presse schon wieder gefordert wird, eine Regelung der Angelegenheit durch die Organisationen der Arbeiter sehr leicht zu erzielen sein.

Natürlich lassen es die französischen Chauvinisten nicht an Hebanche fehlen. Sie erzählen Geschichten von Mißhandlungen von Franzosen in Deutschland, die genau so erlogen sind, wie die Mordgeschichten umgekehrter Tendenz. So berichtet der „Matin“ aus München:

Die Herren Desmoulin und Laroche wollten nach ihrem Bericht bei einem Händler in der Neuhäuser Straße Ansichtskarten kaufen, die mit 10 Pfennig pro Stück ausgezeichnet waren, für die der Händler jedoch 20 Pfennig verlangte, als er merkte, daß er Fremde vor sich habe. Sie hätten drei Karten genommen, der Händler habe sie ihnen aber wütend aus der Hand gerissen und sie beschimpft, ja sogar ausgepöbel. Sie hätten sehr ruhig Mäßigung verlangt, der Händler habe aber mit großem Geschrei eine große Menschenmenge auf der Straße herbeigelockt. Die Leute hätten sofort gegen die Franzosen Partei ergriffen. „Erbrockelt sie!“ hätten die einen, „hängt sie doch auf, die schmierigen Franzosen!“ die andern gerufen. Von allen Seiten seien im Laute Schläge und Schirme niedergesaut. Endlich habe sich ein Polizist, der, wie der Bericht sagt, zufällig dort vorbeikam, ins Mittel gelegt und diesen Szenen ein Ende bereitet.

Nach Mitteilungen der Münchner Polizei ist auch diese Geschichte eine Erfindung. Nun können die deutschen Wahrheitshelden zur Abwechslung auf die französischen Schwindler schimpfen. So bringt jeder Tag neue Unterhaltungen. Gibt es denn keine Hilfe gegen dieses Lügengefindel? —

### Preußische Zucht im dunkeln Weltteil.

In der „Welt am Montag“ beschäftigt sich Herr von Gerlach, der die deutschafrikanischen Kolonien aus eigener Anschauung kennt, mit den dort herrschenden Zuständen. Er kritisiert scharf die in Duala den Eingebornen gegenüber betriebene Enteignungspolitik, die darauf hinführt, durch völlige Vertreibung der Neger von ihrer Scholle einen Ansehensrayon für Weiße zu schaffen. Herr von Gerlach schreibt:

Das Volk der Duala befindet sich in tiefgehender Empörung über das, was ihm die deutsche Herrschaft anzutun gedenkt.

Seitdem der Gedanke an die Enteignung aufgetaucht ist, hat ängstliche Unruhe die bis dahin so ruhige Bevölkerung erfaßt. Schon das vorbereitende Stadium hat den Duala Unheilstände genug gebracht. Sie sahen, daß ihnen das Land für öffentliche Zwecke — z. B. für den Bahnbau — enteignet und bebaut wurde, ohne daß sie alsbald entschädigt wurden. Nachfrage mußten sie manchmal machen. Sie erlebten es, daß ihnen vorteilhafte Grundstücksgehalte — bis 4 Mark für das Quadratmeter boten weiße Firmen — von der Behörde unterbunden wurden, wie sie meinen, weil die Regierung sich für die kommende Enteignung die Preise nicht verderben wollte. Sie wurden in ihrer Bautätigkeit durch amtliche Verbote lahmgelegt. Sie vernachlässigten die Unterhaltung ihrer Wohnstätten, weil sie ja jeden Augenblick gezwängt sein mußten, Haus und Hof verlassen zu müssen.

In welcher Weise die Behörde mit den Eingebornen umspringt, zeigt die folgende amtliche Verfügung, die im Frühjahr dieses Jahres erlassen wurde:

Der Eingeborne Johannes Etkwe von Bonamjo hat innerhalb vier Wochen vom Tage der Zustellung dieser Anordnung in dem Neupflanzgebiet hinter dem irramen Hund auf dem dort von dem aufsichtsführenden Sanitätsgehilfen Bauer angewiesenen Bauplatz keine Hütte wieder aufzubauen; mit dem Aufbau hat er mindestens acht Tage nach der Zustellung dieser Anordnung zu beginnen. Kommt der Veteilte dieser Anordnung nicht nach, so wird er mit Gefängnis bestraft.

Der Kaiserliche Bezirksamtman. gez.: Köhm.

Dem Neger Etkwe ist seine alte Wohnung durch einen Tornado zerstört worden. Die Regierung verbietet ihm nicht nur, auf seinem alten Grundstück seine Wohnung wiederherzustellen. Sie gebietet ihm, auf einem von ihr bestimmten Plage sich neu anzusiedeln. Beginnt er nicht binnen einer Woche den Neubau, so wird er eingesperrt. Und die Folgen davon? Von Gerlach sagt:

Der von den Schwarzen es kann, der flieht aus dem deutschen Kolonialreich. Schwer genug wird es ihm ja gemacht. Aber heimlich entweichen viele aus dem dünnbesiedelten Lande, mehr jedenfalls, als die Regierung weiß. Hunderte von Dualaleuren sind schon nach dem englischen Lagos und Salabar oder nach dem portugiesischen Fernando Po ausgewandert. Wo sie hinkommen, tragen sie die Kunde hin von dem deutschen Kolonialsystem. Das, was in Duala passiert, wird unter den Negern ganz Rumoren und darüber hinaus bekannt. Und überall steigt die Abneigung gegen die deutsche Herrschaft, verbreitet sich die Sorge vor deutscher Besitzergreifung.

Die Flucht aus den Kolonien erzeugt Entvölkerung und Arbeiternot; der will man durch „Zwangserziehung zur Arbeit“ nach Vertels Rezepten abhelfen, und so folgt ein Fehler dem andern, bis endlich das deutsche Volk einen neuen Kolonialaufwand mit Gut und Blut bezahlen muß. —

### Noch mehr Industrie im Reichstag?

Aus Rheinland-Westfalen kommen immer neue Stimmen, die verlangen, daß im Reichstag Industrie und Handel besser vertreten werden. Jetzt hat sogar eine Handelskammer um diesen Wunsch herum eine ganze Broschüre geschrieben. Wie steht es nun mit der Vertretung von Industrie und Handel im Reichstag in Wirklichkeit? Betrachten wir zuerst einmal die sogenannten offiziellen Vertreter von Industrie und Handel, die im Reichstag sitzen. Dabei stellt sich heraus, daß die folgenden Industrien vertreten sind: Chemische, Bergwerks-, Bijouterie-, Spiritus-, Leinenwaren-, Leder-, Musikinstrumenten-, Eisen- und Stahl-, Zucker-, Blumen- und Strohhut-Industrie. Handel und Verkehr ist vertreten durch Bankwesen, Weinhandel, Güterbeförderer, Kolonialwaren-Groß- und Kleinhandel, Darm- und Manufakturwaren-, Eisenwaren-, Buch- und Zigarrenhandel.

Damit ist aber die wirkliche Vertretung von Industrie, Handel und Gewerbe im deutschen Reichstag durchaus noch nicht erschöpft. Da müssen erst noch die Nebenberufe der Herren M. d. R. genauer betrachtet werden. Die Partei der Industrie und des Handels sind die Nationalliberalen. Hier findet man auch am raschesten Anhaltspunkte dafür, wie gut in Wirklichkeit ohne großen Lärm und ohne nennenswertes Aufsehen im deutschen Reichstag Industrie und Handel vertreten sind. Von den nationalliberalen Reichstagsabgeordneten sind 95 Prozent nebenher Aufsichtsratsmitglieder industrieller Gesellschaften. Wir zählen 57 nationalliberale Aufsichtsratsmandate. Das ist sicher eine „würdige“ Vertretung der Industrie und des deutschen Handels, wie sie besser und charakteristischer gar nicht zu wünschen ist.

Allen der nationalliberalen Allgewaltigen, Herr Baffermann, ist außerordentlich eifrig in der Industrie tätig. Stellen wir einmal zusammen:

Er ist Vorsitzender des Aufsichtsrats bei der Rheinischen Schudert-Gesellschaft für elektrische Industrie, A.-G., Mannheim, Süddeutschen Diskonto-Gesellschaft, Süddeutschen Drahtindustrie, A.-G., Mannheim, Konfak. Alkaliwerke, A.-G. für Bergbau und Chemische Industrie, Westeregeln.

Neuen Rheinau A.-G., Rheinau (Baden), A.-G. Schloßhotel und Hotel Bellevue, Heidelberg, Badischen Gesellschaft für Zuckerraffination, Waghäusel;

Mitglied des Aufsichtsrats ist er bei der Elektr.-A.-G., vorm. Schudert u. Ko., Nürnberg, Hedernheimer Kupferwerk u. Süddeutsche Kabelwerke, A.-G., dem Mannesmann-Röhrenwerken und der Mitteldeutschen Bodenreitanstalt.

Die Entschädigungen, die Baffermann dafür bezieht, beziffern sich auf etwa 70- bis 80 000 Mark jährlich. Die gesamte nationalliberale Fraktion bezieht aus ihren Aufsichtsratsmandaten Einnahmen in der Höhe von ungefähr 300 000 bis 400 000 Mark.

Aber auch dort, wo man auf hohe Weizenböden und Heuberg brand schwört, ist die Industrie durchaus nicht untertreten. Herr von Böhlendorff-Kölpin, in letzter Zeit wegen der berühmten Kaskawerke oft genannt, sitzt auch im Aufsichtsrate der Julius-Binckhoff-A.-G. Dies Unternehmen hat zufällig sehr viel mit Eisenbahnbeleuchtung zu tun. Vom sichern Kreth, der Direktor der Spirituszentrale ist, brauchen wir nicht erst lange zu reden, ebensowenig von einigen andern eifrigen Industrievertretern, wie Graf Rantzau, von Schwerin-Bowitz und andern.

Wir sind der Meinung, schon die eben aufgeführten Tatsachen, die nicht nur die offizielle Industrievertretung, sondern auch die inoffizielle durch Reichstagsmitglieder etwas beleuchtet, zeigen zur Genüge deutlich, daß noch mehr verstärkte Industrievertretung die sehr oft mehr oder weniger erkennbaren Privatinteressen und speziellen Wünsche nur noch vergrößern würde. Und wir haben gar keinen Grund dazu, aus der Volksvertretung eine Interessenbörse zu machen.

## Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 26. August 1913.

### Ein neuer Fundus für das Stadttheater.

Den Stadtverordneten ist eine Vorlage des Magistrats zugewandert, die die Beschaffung eines Theaterfundus betrifft. Im Einverständnis mit dem großen Theaterauschuß, in dessen Sitzung der Beschluß einstimmig gefaßt wurde, beantragt der Magistrat gemäß dem früher gefaßten Beschluß, der Stadtverordneten-Versammlung 33 000 Mark zur Beschaffung eines Theaterfundus zur Verfügung zu stellen. Und zwar sollen 13 700 Mark zur Beschaffung einer Opernbibliothek und 19 300 Mark zum Ankauf von Möbeln, Requisiten und Kostümen verwendet werden.

Im einzelnen bringt die Vorlage etwa folgendes: In der Stadtverordneten-Sitzung vom 26. Juni ds. Js. war beschlossen worden, den Frau Hofrat Cabilus gehörigen Fundus für 23 000 Mark anzukaufen und zur Ergänzung des Vogelerschen Fundus 10 000 Mark zur Verfügung zu stellen. Die Verhandlungen mit der letztern sind eingeleitet worden und haben ergeben, daß Frau Cabilus ein Rücktrittsrecht von dem seinerzeit unter Eigentumsvorbehalt mit Hagin geschlossenen Vertrag zusteht. Von diesem Rechte wollte sie Gebrauch machen unter der Bedingung, daß die Stadt den Fundus für 24 000 Mark erwerbe bei einer sofortigen Anzahlung von 20 000 Mark. Eine Gewährleistung auf Vollständigkeit und Gebrauchsfähigkeit des Fundus lehnte Frau Cabilus jedoch ab. Nach weiteren Verhandlungen sah sich der Magistrat gezwungen, sich selbst Gewißheit über den Zustand des Fundus zu beschaffen, und stellte fest, daß sich der Hauptteil der Opernbibliothek, der Möbel und Requisiten im Stadttheater befand, der übrige, nach Aussage der Besitzerin sehr wertvolle Teil aber von Hagin mit nach Berlin genommen war. Nach einer Schätzung des in Berlin und des hier vorhandenen Teiles ergab sich ein Gesamtwert von 12 000 Mark. Nach einer auf Grund einer neuen Inventarliste neu vorgenommenen Schätzung erhöhte sich die Lage auf 14 064 Mark.

Im einzelnen wird dazu bemerkt: Die Möbel und Requisiten sind schlecht, heruntergewirksam und schloß dem Wotterstraf preisgegeben. Die Kostüme sind alt und kommen nur noch für Chor und Statisten in Betracht. Die Wertminderung ist ebenfalls durch eine mangelhafte Pflege, vor allem aber auch durch einen schunghaften Handel der Garderobiers mit Verleihen der Kostüme zu Vereinsvergütungen und Maskenbällen wesentlich gefördert worden. Die Bibliothek besitzt nur geringen Wert. Die Partituren und Klavierauszüge fehlen teilweise ganz, teilweise sind sie unvollständig und unbrauchbar. Chor- und Orchesterstimmen sind nur in ganz geringem Umfang vorhanden. Es war schon störend aufgefallen, daß die Orchestermitglieder bei voller Besetzung aus Mangel an Noten nicht jämt-

lich beschäftigt werden konnten. Notdürftig mußten sich die Künstler durch gegenseitiges Leihen der Materiale behelfen. Die Dirigenten mußten die fehlenden Stücke aus dem Gedächtnis ergänzen. Eine Erneuerung erfordert mindestens 10 000 Mark.

Infolge dieser Zustände ist die Beschaffung eines eignen Fundus zwingen worden, und die Vorlage spricht sich unter der notwendigen Begründung für Beschaffung von eignen Möbeln und Requisite und einer eignen Opernbibliothek aus, will aber von der Beschaffung eines Kostümfundus, die eine Ausgabe von mindestens 80 000 Mark bedingen würde, vorberathen absehen. Für Beschaffung von Möbeln und Requisite genügt nach einer Erklärung des Direktors Vogeler die Summe von 4500 Mark. Die Firma Richter in Hamburg will das Material für 38 gangbare Opern zum Preise von 13 700 Mark liefern. Nach Gegenüberstellung von allen Vorteilen und Nachteilen, die sich beim Ankauf des Fundus Cabitus und eines neuen Fundus ergeben, kommt die Vorlage zu dem Schluß, daß die Beschaffung eines neuen Fundus ratsamer sei. In der ausführlichen Begründung heißt es einmal wörtlich: „Die vielfachen Mißerfolge, die wir mit unserm Stadttheater in den letzten Jahren erlebt haben, fordern kategorisch, daß klare Verhältnisse geschaffen werden und alles darangelegt wird, um unser Stadttheater für die Zukunft in ruhige und sichere Bahnen zu lenken.“

Die Bibliothek ist der Firma Richter bereits in Auftrag gegeben worden; der Magistrat bittet die Versammlung um nachträgliche Zustimmung. Im übrigen bleibt dem Ausschuss die Erledigung der Fundus-Angelegenheit überlassen.

**— Zur Käse-Stiftung.** Um einen Ueberblick über die Zahl und die Verhältnisse der Magdeburger Blinden zu bekommen und die Frage der besten und doch stiftungsgemäßen Verwendung der Käse-Stiftung in geeigneter Weise fördern zu können, soll eine Liste sämtlicher Magdeburger Blinden aufgestellt werden. Mit dieser Aufstellung ist Pastor Jensch von der Blindenfürsorge der Stadtmission unter Mitwirkung von Herrn Weder als Vorsitzenden des Hilfsvereins für Blinde betraut worden. Die von den beiden Herren aufgestellte Liste umfaßt bereits über hundert Blinde, und doch sind längst noch nicht alle eingetragen, wie aus immer wieder einlaufenden Nachrichten hervorgeht. Da es aber wünschenswert ist, daß die Zusammenstellung möglichst vollständig wird, so ist es dringend nötig, daß alle diejenigen Blinden, die mit der Blindenfürsorge der Stadtmission oder mit dem Hilfsverein für Blinde noch keine Fühlung haben, sich zur Eintragung melden. Eine Postkarte der Angehörigen an W. Feilich, Poststraße 8, mit Angabe von Namen, Stand, Geburtsort und Wohnung genügt. Es ist wohl zu hoffen, daß im Interesse der Blinden unserer Stadt sich keiner dieser leichten Mühe entzieht.

**— Gesperrte Straße.** Wegen Kanalbauarbeiten ist die Pogäcker Straße bis auf weiteres für Fußwerk und Reiter gesperrt worden.

**— Schwankendes Recht.** Was einer hat, das hat er, dachte Herr Janderau, Geschäftsführer der Firma Hugo Besthorn und zog einem Steinbruder, der gekündigt hatte, die Arbeit ohne vorausgegangene Kündigungsfrist niederlegen zu wollen, die laut § 124 b der Gewerbeordnung verordnete Buße im voraus vom Lohne ab. Nunmehr hatte der Steinbruder, begründet auf § 124 Absatz 4 der Gewerbeordnung, das Recht, die Arbeit sofort niederzulegen. Auf Anraten seiner Verbandsleitung ging er jedoch Montag — Vortag ist Sonnabend — wieder zur Arbeitsstelle, um eine gütliche Einigung herbeizuführen. Weil Herr J. bei Beginn der Arbeitszeit nicht da war und der Steinbruder voraussetzte, daß ihm der rückständige Lohn anstandslos gezahlt werden würde, wenn er bewies, daß die Weigerung vom Sonnabend betreffs Arbeitsniederlegung zurückgenommen sei, zog er sein Arbeitszeug an und erwartete Herrn Janderau. Als dieser bald darauf erschien, forderte der Steinbruder seinen Lohn. J. erklärte ihm aber: „Arbeiten Sie erst, dann bekommen Sie mittags Ihr Geld.“ Damit war aber der Steinbruder nicht einverstanden, verließ sofort die Arbeitsstelle und klagte auf dem Gewerbeamt auf Zahlung von 24,38 Mark. Der Vertreter der Beklagten meinte, daß der Kläger dadurch, daß er am Montag die Arbeit wieder aufgenommen habe, sein Recht vom Sonnabend aufgegeben hätte und erhob Widerklage in Höhe von 18 Mark wegen Vertragsbruchs. Das Gericht ließ dahingestellt sein, ob der Kläger am Sonnabend ein Recht zur Arbeitsniederlegung hatte. Dadurch, daß er am Montag erschien und arbeiten wollte, habe er zu erkennen gegeben, daß er sein Recht vom Sonnabend aufgab. Aber ein neues Recht zur Arbeitsniederlegung habe er erworben dadurch, daß ihm die Beklagte den rückständigen Lohn nicht sofort bei Klagenöffnung um 9 Uhr morgens, sondern erst mittags zahlen wollte. Demnach lag kein Vertragsbruch vor und die Beklagte wurde antragsgemäß verurteilt. Ebenso wurde sie mit der Widerklage kostenpflichtig abgewiesen.

**— Der Magistrat als Sprachschöpfer.** In einer Magistratsvorlage über eine Anzahl Ausgabeüberschreitungen wird eine Mehrausgabe der Güterverwaltung förmlich mit folgendem Satze begründet:

Hier sind die Milchrechnungen nach Magdeburg berechnet, auf die bei Aufstellung des Haushaltsplans noch nicht gerüchlichtigt werden brauchte, weil damals noch keine Käse vorhanden waren.

Der Schreiber dieses Satzes ist hoffentlich besser „geeigenchaftet“, der Landwirtschaft zu dienen, als der Sprachschöpfung. Das häßliche Wort würde sonst bald in Grund und Boden „gemüßwichtig“ sein.

**— Städtisches Orchester.** Das allgemeine Abonnement zu den im Winter 1913/14 stattfindenden acht großen Sinfoniekonzerten des städtischen Orchesters im Stadttheater ist eröffnet worden. Die Konzerte finden wieder in 2 Abteilungen zu je vier Konzerten statt. Es kann auf acht und vier Konzerte abonniert werden. Als Solisten sind wiederum hervorragende erste Kräfte wie: Moritz Kohnthal, Eugen d'Albert, Klavier; Julia Culp, Frida Hempel, Claire Dux, Walter Kirchhoff, Gesang; René Chomet, Willi Burmeister, Violone; Joseph Preis, Violoncello, in Aussicht genommen worden. Die Konzerte finden statt: Abteilung A am 17. September, 12. November, 14. Januar, 4. März, Abteilung B am 15. Oktober, 3. Dezember, 11. Februar, 25. März. Die alleseitig mit so vielem Beifall aufgenommene Verstärkung der Streicher des städtischen Orchesters wird auch für den kommenden Winter beibehalten werden. Die Abonnementspreise sind sehr verhältnismäßig gebildet. Es stehen von allen Plätzen noch gute Plätze zur Verfügung. Abonnementsanmeldungen werden im Geschäftszimmer des städtischen Orchester-Ausschusses, Johannisstraße 30, II, entgegen genommen.

**— Das Recht auf Sehen im Theater.** Ein interessantes Urteil fällt dieser Tage ein Pariser Gerichtshof. Ein Herr Wagniar hatte gegen das Montmartre-Theater auf Rückzahlung von 40 Sous, die er für zwei „unverwendbare“ Eintrittskarten gezahlt hatte, geklagt und außerdem noch eine Entschädigung verlangt, weil er und seine Frau von den Plätzen, für welche die Eintrittskarten galten, so gut wie nichts hatten sehen können. Das Gericht erkannte nach dem Klagenantrag und billigte dem Kläger auch eine Entschädigung von 15 Frank zu; in den Urteilsgründen heißt es: „Durch die Aussagen der Parteien und durch eine Besichtigung des in Betracht kommenden Theaters wurde festgestellt, daß die Inhaber der beiden an der Theaterkasse verkauften Plätze sich ziemlich weit bogen mühten, wenn sie von der Vorstellung etwas sehen wollten. Ein Theaterdirektor hat aber, wenn das Theater voll ist und nur noch ein paar schlechte Plätze zu haben sind, die Personen, die an die Kasse kommen, darauf aufmerksam zu machen, daß die betreffenden Plätze nicht günstig gelegen sind und daß er bereit sei, auf Wunsch das Geld zurückzugeben. In dem hier in Betracht kommenden Falle hatte der Direktor aber nicht einmal die Entschuldigung, daß der Saal voll gewesen sei und daß er nur noch diese Plätze übrig gehabt habe. Der diensttuende Schutzmann hat ausgesagt, daß zahlreiche Plätze unbesetzt waren. In Anbetracht aller dieser Umstände ist dem Klagenantrag auf Rückzahlung des gezahlten Eintrittsgeldes stattzugeben und auch der Anspruch auf Schadenersatz als berechtigt anzuerkennen.“ Möchte Herr Wagniar doch einmal nach Deutschland kommen! Er könnte jahrelang prozessieren.

**— Weisheit an den Hausfrauenverein.** Seit dem Jahre 1910 hat der hiesige Hausfrauenverein von der Stadt einen jährlichen Zuschuß von 2000 Mark erhalten. Der Verein ist neuerdings an den Magistrat herangetreten mit dem Ersuchen, diese Summe auf 4000 Mark jährlich zu erhöhen. Begründet wird diese Mehrforderung mit der Erweiterung der bestehenden Einrichtungen für das Seminar der Handarbeits- und Hauswirtschaftslehrerinnen, der Anstellung neuer Lehrkräfte usw. Da die vom Magistrat seinerzeit in Aussicht genommene Errichtung einer Frauenschule mit anschließendem Seminar nicht zur Ausführung gelangt ist, die Einrichtungen des Hausfrauenvereins daher einem Bedürfnis entsprechen, ist der Magistrat gewillt, die erhöhte Beihilfe unter gewissen Gegenleistungen zu gewähren. Die Stadtverordneten werden um Bewilligung ersucht.

**— Arbeiterjugend.** Die Neue Neustädter treffen sich am Mittwoch Georgenplatz 10. — Für Alte Neustadt findet heute ein Abendausflug statt. Treffpunkt um 8 Uhr an der Martinskirche. — Für Sudenburg findet am Mittwoch ein Rezitations- und Vortragabend statt. Redakteur Müller hält einen Vortrag über „August Bebel und über die arbeitende Jugend“. Kein Jugendgenosse und keine Jugendgenossin darf fehlen. Eltern und Angehörige sind freundlichst eingeladen.

**— Bestrafte Rohheit.** Wegen schwerer Körperverletzung hat das Landgericht Magdeburg am 14. Februar den Steinbruchunternehmer Karl Fesse zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte hatte für eine Straße die Pflasterarbeiten übernommen, die er im September vorigen Jahres ausführte. Unter seinen Arbeitern befand sich auch ein gewisser B. Dieser ging aber öfter als nötig vor, in eine Wirtschaft, um seinen Durst zu stillen, und kam eines Nachmittags betrunken zur Arbeit. Deshalb jagte der Angeklagte zu ihm, er solle Feierabend machen und seine Papiere und seinen Lohn holen. Bei dieser Gelegenheit bereits kam es zwischen beiden zu heftigem Wortwechsel, bei dem es auch an den verschiedensten Schimpfwörtern nicht fehlte. Auf einem andern Arbeitsplatz trafen sich beide wieder, und hier begannen die gegenseitigen Schimpfereien von neuem. Im Verlaufe des Streites riß der Angeklagte dem B. dessen Stock, den dieser in der Hand hielt, fort und schlug ihm in der Brust das linke Auge damit aus. In der Hauptverhandlung behauptete der Angeklagte, er habe in Notwehr gehandelt, denn B. habe gegen ihn drohend den Stock erhoben gehabt. Er habe dem B. nur den Stock entreißen wollen und sei dabei versehentlich mit demselben in B.s Auge gekommen. Das Gericht hat jedoch nicht angenommen, daß der Angeklagte in Notwehr gehandelt hat oder auch nur glauben konnte, in Notwehr zu sein, da er von B. einen Angriff nicht zu fürchten hatte; vielmehr hat das Gericht als erwiesen angesehen, daß der Angeklagte nur aus Wut und Rache gegen B. losgegangen ist und ihm den Stock entreißen hat, um ihn damit zu stoßen, gleichviel, wohin er treffen würde, wenn er auch nicht gerade beabsichtigt habe, dem B. ein Auge auszuklopfen. In seiner gegen das Urteil eingelegten Revision rügte der Angeklagte Verkennung des Begriffs der Notwehr und der Notwehr. Das Urteil bedarf sich nicht mit den Feststellungen; denn das Urteil sagt selbst, daß B. betrunken war und ihn, den Angeklagten wiederholt belästigte. Daher habe er damit rechnen müssen, von B. mit dem Stock angegriffen zu werden. Das Reichsgericht verwarf jedoch am Montag die Revision als unbegründet, da die Vorinstanz ohne Rechtsirrtum angenommen habe, daß der Angeklagte weder in Notwehr gehandelt noch habe glauben können, sich in Notwehr zu befinden.

**— Ein gewohnheitsmäßiger Fahrraddieb** stand am Montag vor dem hiesigen Landgericht. Wegen Mißhandlung, beziehungsweise Fehlleistung und Begünstigung waren angeklagt: der Bergarbeiter Gustav Schiefelbein, geboren 1881, zu Staffeln, vorbestraft; der Gelbgießer Heinrich Klauß, geboren 1887, zu Suderode; der Knischer Otto Eiling, geboren 1879, hier; der Arbeiter Paul Eiling, geboren 1888, zu Staffeln; der Schneider Friedrich Brömmel, geboren 1874, hier; dessen Frau, Marie geb. Tramm, geboren 1874, hier. Schiefelbein sollte am 20. September 1912 zur Verbüßung einer Strafe in das Zuchthaus übergeführt werden, entsprang aber auf dem Transport und führte dann in der Zeit bis zum 15. Mai d. J. sowie auch schon vorher zu Magdeburg und an andern Orten 48 Fahrraddiebstähle aus. Von den Räubern kaufte Klauß 17 Stück an, reparierte sie und verkaufte sie dann anderweit zu billigen Preisen. Dem Otto Eiling übergab Schiefelbein 11 Räder und seinem Schwager Paul Eiling 6 Räder zum Verkauf. Sie kauften auch selbst je ein Rad von Schiefelbein. Die Eheleute Brömmel, bei denen er 14 Tage lang wohnte, sollen erlaubt haben, daß er drei gestohlene Räder bei ihnen einstellte. Schiefelbein machte sich auch bezüglich der Urkundenfälschung dadurch schuldig, daß er in zwei Fällen über den Kaufpreis unter einem falschen Namen quittierte. Die umfangreichen Feststellungen sind der emsigen Tätigkeit des Kriminal-Jahrmanns Wilmers zuzuschreiben. Auf Grund der Verhandlung verurteilte die Kammer Schiefelbein wegen Mißhandlung einschließend der Vorstrafe von 1 Jahr Zuchthaus zu insgesamt vier Jahren Zuchthaus, 5 Jahren Ehrenrechtsverlust und Zulässigkeit von Polizeiaufsicht, Klauß wegen schwerer Fehlleistung zu einem Jahr drei Monaten Zuchthaus, Otto und Paul Eiling ebenso zu je einem Jahr Zuchthaus, die Eheleute Brömmel wegen Begünstigung in einem Falle zu je 30 Mark Geldstrafe ev. 6 Tagen Gefängnis. Von der Anklage der Urkundenfälschung erfolgte Freisprechung.

**— Beim Klattern aufgepießt.** Ein bedauerlicher Unfall trug sich am Montagabend am Schulgrundstück Helmstedter Straße zu. Der Schulführer Gustav Dietloff, wohnhaft Helmstedter Straße 18, kletterte über ein eisernes Staket und rutschte infolge eines Fehltritts aus. Eine langgestreckte Spitze drang dem Bedauernswerten tief in die rechte Brustseite. Der schnelligst herbeigerufene Arzt Dr. Mohr legte einen Verband an; worauf der Verunglückte Aufnahme in der Krankenanstalt Sudenburg fand.

**— Unfälle.** Der Arbeiter Wilhelm S., wohnhaft Coacauer Straße 8, erlitt am Montag nachmittag auf seiner Arbeitsstätte, Zollstraße 5a, beim Transport von Kohlen einen Bruch des rechten Knöchels. S. wurde nach dem Krankenhaus Altstadt gebracht. — Der Klempner K. Sch., wohnhaft Schönninger Straße 19, quetschte sich am Montag nachmittag auf dem Kruppwerk den rechten Fuß durch eine eiserne Walze. Sch. wurde nach seiner Wohnung gebracht.

**— Zwei Pferde mit Wagen in die Klüfte gestürzt.** Am Montag nachmittag hielt der mit zwei Pferden bespannte Wagen des Bäckereimeisters Wiegand aus Emdorff auf der Magistratsstraße in Sudau. Wahrscheinlich durch eine vorüberfahrende Lokomotive erschreckt, gingen die Pferde, die eine kurze Zeit ohne Aufsicht gelassen waren, durch. Als das Gespann über die Klüfte rutschte, kam von der entgegengekehrten Seite ein Kollernwagen. Die beiden Durchgänger taten einen Seitenprung und stürzten mit dem Wagen in den mit Wasser gefüllten Klüftein. Eins der Pferde wurde von der senkrecht im Boden hängenden Deichsel unter Wasser gehalten und ertrank, bevor die herbeigerufene Feuerwehr eintraf. Das zweite Pferd erlitt, als die Stränge durchgeschnitten worden waren, in großen Sägen die Wöschung hinauf und konnte später wieder eingefangen werden. Der stark demolierte Wagen mußte in einzelnen Teilen aus dem Graben herausgeholt werden.

**× Gestohlen** wurden aus einer Wohnung in der Königgräber Straße eine Broche; in einer Herberge ein Lenorhorn (Täter ist der Kuchflicker Franz Dahlie); aus einem verschlossenen Schuppen an der Großen Diesdorfer Straße ein Paar Schafschinell, ein Paar braunlederne Gamaschen und eine grau gestreifte Hose.

**× In Haft genommen** wurden: die Ehefrauen Anna R. geb. V., Minna Sch. geb. R., Anna Sch. geb. R., Helene R. geb. Sch. und das Dienstmädchen Marie G., sämtlich von hier, wegen Verbrechen aus § 219 und 218 des Strafgesetzbuchs und Beihilfe dazu; der Hausdiener Oskar P. von hier, der bei einem Schankwirt in Stellung war und in der Zeit vom 25. Juli bis 3. August eine im Lokal stehende Sammelbüchse aufgebrochen und daraus 4 bis 5 Mark sowie aus einer unverschlossenen Kasse etwa 3 Mark gestohlen hat. Ferner ist er der Dieb, der einem Bäckergehilfen in der Großen Diesdorfer Straße aus einer Portemonnaie, das er im Bett aufbewahrte, 5 Mark gestohlen hat.

**\*\* Pferde- und Viehmarkt.** Der früher im Stadthof Magdeburg-Sudenburg abgehaltene Pferde- und Viehmarkt findet am 4. September d. J. auf dem städtischen Viehhof statt.

**— Grober Unfug.** Am Dienstag mittag wurde von einem Schüler der Feuermeider Dönsstedter Straße 39/40 unbefugterweise gezogen. Der ganze Wöschung I stürzte aus, fand aber keine Gefahr vor. Der Täter konnte ermittelt werden.

## Konzerte, Theater etc.

(Mittelungen der Direktoren.)

\* **Vittoria-Theater.** Mittwoch geht zum unüberbrücklichen letztenmal „Das Buch einer Frau“ in Szene. Donnerstag gelangt das Sensationsdrama „Die Jarin“ (Kaiserin Katharina 2. von Rußland) zur Aufführung. Der Direktion ist es gelungen, Galerie von der Weiten zu einem einmaligen Gastspiel am Freitag zu gewinnen. Die Künstlerin wird diesmal eine moderne Rolle, und zwar die Claire im „Hüttenbesitzer“ spielen. Da ihre Kunst auch in diesem Genre eigne Bahnen wandelt und jeder traditionellen Wiedergabe ausweicht, so kann man dem Gastspiel nur reges Interesse entgegenbringen.

\* **Zentraltheater.** Die Kritiken der hiesigen Presse haben übereinstimmend den geschickten Aufbau der Handlung der Operette „Der kleine König“, wie auch die prächtige Musik hervor. Und auch vom Publikum wird allabendlich dem Werk und der glänzenden Darstellung lebhafteste Anerkennung zuteil. Phila Wolff und Erich Deutsch-Haupt sind von größter künstlerischer Wirkung in ihren Partien als Anetta bzw. König. Wilma Conti und Hans Süßenguth bringen ihre lustigen Gesänge mit erfrischendem Humor zum Vortrag. Das Zusammenwirken aller Kräfte ist ein vortreffliches.

## Letzte Nachrichten.

**Hd. Schneidemühl, 26. August.** (Eigener Drahtbericht der „Volkstimme“.) Der D.-Zug Dirschau-Schneidemühl, der heute vormittag 11.15 Uhr hier eintrafen sollte, erlitt unterwegs einen Unfall. Bei der Station Krojanke entgleiste der letzte Wagen. Eine Person wurde getötet, drei schwer und zehn Personen leicht verletzt. Der entgleiste Wagen wurde zertrümmert. Ein Hilfszug ist abgegangen.

**Hd. Essen, 26. August.** In der Gemeinde Brandershof gestern der Bergmann Gadow seinen 50jährigen Vater, mit dem er schon längere Zeit in Unfrieden gelebt hatte, nach der Tat ist er gesüchelt.

**Wb. Worms, 26. August.** Infolge starken Bremsens überflugte gestern ein Automobil auf der Straße nach Mainz. Die Insassen, die Familie Glaskamp aus Mühlheim an der Ruhr, wurden herausgeschleudert. Der Mann ist tot, der Sohn und die Tochter sind leicht verletzt; die Frau und der Chauffeur erlitten schwere Verletzungen.

**Wb. Lier, 26. August.** Fünf beim Anstreichen der Brücke beschäftigte Arbeiter unternahm gestern Abend eine Bootspartie. Das Boot kenterte, wobei drei Arbeiter ertranken.

**Rc. Odenhe, 26. August.** In einem hiesigen Hotel waren heute morgen zwei Damen abgestiegen. Als sie bis abends sich nicht wieder sehen ließen, klopfte man wiederholt an ihre Tür. Als keine Antwort erfolgte, drang man ein und fand beide Damen als Leichen vor. Die jüngere der beiden Frauen lag mit einem Spitzentäschchen erstickt auf dem Teppich. Die ältere hatte sich mit einem Handtuch am Bettsoffen erhängt. In der Tasche der einen Dame fand man 80 Mark bares Geld sowie eine Karte mit der Inschrift „20. August 1913, abends“. Man weiß noch nicht, wer die beiden Toten sind und was sie in dem Tod getrieben hat.

**Hd. Paris, 26. August.** (Eigener Drahtbericht der „Volkstimme“.) Der Gemeinderat von Limoges hat der Tochter August Bebel's eine Beileidsadresse gefandt. Außerdem wurde beschlossen, eine Straße der Stadt nach dem verstorbenen Führer der Sozialdemokratie zu benennen.

**Hd. Paris, 26. August.** In Toulon schüttete ein 19jähriges Mädchen ihrem Geliebten Nitriol ins Gesicht. Der Unglückliche wurde juchend verbrannt und verlor beide Augen. Eine Anzahl in der Nähe weilender Personen wurde von dem unheimlich sprengenden Nitriol getroffen und ebenfalls verbrannt.

**Rc. Paris, 26. August.** Ein schweres Fliegerunglück ereignete sich gestern Abend auf dem Flugfeld von Villacoublay, dem zwei Flieger zum Opfer fielen. Leutnant Sanjever war mit dem Pionier Laforche als Fluggast lange Zeit über dem Bivortale hin und her geflogen und suchte bei einbrechender Dunkelheit einen geeigneten Landungsplatz. In Höhe von 200 Metern begann plötzlich der Apparat bedenklich zu schwanzen. Als er dann bis auf 30 Meter über dem Erdboden heruntergebracht worden war, senkte er sich nach der einen Seite und saute zu Boden, wo er zerfiel. Die beiden Insassen konnten nur als Leichen aus den Trümmern geborgen werden. Der Unfall wird darauf zurückgeführt, daß der Spanndraht des Höhenmessers gerissen ist, wodurch dann Leutnant Sanjever die Herrschaft über den Apparat verlor.

**Wb. Schanghai, 26. August.** Bei Nanking sind in den letzten Tagen heftige Gesechte geliefert worden. Nach den letzten Nachrichten schließen die nordchinesischen Truppen unter General Tchangschun die Stadt ein. Sie sind jetzt endgültig im Besitz des Wupurberges, der den Schlüssel zu Nanking bildet.

**Hd. Konstantinopel, 26. August.** (Eigener Drahtbericht der „Volkstimme“.) Einer der bulgarischen Delegierten, die dem Unterhändler Matschewitsch beigegeben sind, erklärte das Gericht, daß Rußland in der Adrianopelfrage energisch einzugreifen gedenke, für falsch. Die Lösung dieser Frage liege bei den Großmächten.

**Hd. Konstantinopel, 26. August.** Das Pressebureau der Pforte meldet aus Adrianopel: In der Nähe von Orakli wurden 600 Mohammedaner aus Wapadere ermordet aufgefunden. Sie sollen von bulgarischen Soldaten hingerichtet worden sein.

**Hd. London, 26. August.** (Eigener Drahtbericht der „Volkstimme“.) Aus Mexiko wird gemeldet, daß der Deutsche von Thadden und ein Engländer auf einer Reise ermordet wurden. Die beiden hatten eine Million Dollar in Banknoten bei sich, die man nicht mehr vorfand.

## Wettervorhersage.

Mittwoch: Heiter, stellenweise Morgennebel, trocken, tagsüber warm.

## Aus dem Geschäftsverkehr.

Gegen Brechdurchfall und Darmkatarrh schützt man die Säuglinge am besten, wenn man sie mit „Kufele“ und Milch ernährt. Beides zusammen wird von den Kindern gut vertragen und kommt in ihrem Darm weniger leicht zur Gärung als Kuhmilch allein. „Kufele“ verleiht der Milch ein höheres Nährwert, wird von allen Kindern gern genommen und ermöglicht einen guten Uebergang zur festen Nahrung.

# Persil



das selbsttätige  
**Waschmittel**

**Stärkewäsche**

wird an den Rändern nicht so leicht rauh, da Persil allen Schweiß, Schmutz und Staub ohne Reiben und Bürsten von selbst löst und vollkommen beseitigt. Also grösste

**Schonung des Gewebes**

bei garantierter Unschädlichkeit.

Überall erhältlich, die lose, nur in Original-Paketen.

**HENKEL & Co., DÜSSELDORF.**

Auch Fabrikanten der beliebtesten

**Henkel's Bleich - Soda**

## Gustav Meinecke

Magdeburg, **Marshallstraße 7**  
vis-à-vis dem Althaber Krankenhaus.

Lager kompletter

### Wohnungs-Einrichtungen

— Eigne Tischlerei. —

Ausführung nach gegebenen und eignen Entwürfen.

Befähigung meines Lagers erbeten. 3175

## G. Gehse

Magdeburg  
Johannsfahrstraße 13/14  
Fermersleben 3178  
Neustadt □ Schönebeck.

Eigne Fabrikation  
in  
**Arbeits-  
kleidung**  
jeder Art.

**Musikfreunde und Musiktreibende!**

Wegen Ueberhäufung mit Aufträgen habe ich zwei tüchtige, erprobte Instrumentenmacher eingestellt. Neuherstellungen sowie Reparaturen werden daher fachmännisch, gewissenhaft und preiswert schnellstens ausgeführt.

**Max Baldeweg, Magdeburg** **Blauebellstraße 3**  
parterre und 1. Etage.  
Fabrikation von chromatisch gestimmten Harmonikas  
neuesten Genres.  
Reparaturwerkstatt für sämtliche Saiten-Instrumente,  
Trommeln usw. sowie mechanische Musikwerke. 3401  
Billigste Bezugsquelle für Musikinstrumente u. Ia. Saiten.

**Achtung!**

**Achtung!**

## Anna-Bad

Da der Magistrat der Stadt Magdeburg den Wasserpreis pro Kubikmeter auf 15 Pfg. erhöht hat, sehen wir uns gezwungen, die so beliebten Volks-Schwimmbäder, die bisher für Kinder 10 Pfg. und für Erwachsene 20 Pfg. kosteten, vom nächsten Mittwoch den 27. August für Erwachsene auf 30 Pfg. und für Kinder auf 20 Pfennig zu erhöhen. 2040

Die Direktion des Anna-Bades.

**W. Brennholz** Bankin. Hof-  
Keller, 10 Sack 5. u. 5 Sack 3. u.  
**Wilhelm Hohmann**, Halberstadt,  
Straße 20.

**500**  
**Fahradlaternen**  
ausnahmsweise preiswert zu verkaufen.  
Massenverkauf von **Fahradmänteln**  
Billige Decke, 1.75 ohne Garantie  
Gute, gepöhlte Decke 4 Mon. Garant. 3.50  
ff. Gebirgsdecke 6 Mon. Garant. 4.15  
Extra Prima Decke, 15 Monate Garantie . . . 5.65  
Extra Gebirgsstollen-Decke, 15 Mon. Garant. 6.00  
200 Fahrradständer für Herren u. Damen passl. nur 55.7 v. St.  
**Ohne Konkurrenz!**  
**Robert Benisch**  
3143 Breiteweg 258  
— Nähe der Moltkestraße. —

**Billige Bettfedern**  
**Inlette, fert. Betten**  
Bettfedern-Reinigung  
— Auf Wunsch Teilzahlung —  
**E. Beck Nachfolger**  
Knochenhauerufer 56.

**Herren- und Damenrad**  
großart. leicht. Lauf. sportl. s. vert.  
Goldschmiedebrücke 5. v. 1. Et. Gölz.

Waschen Sie schon mit  
**Kluges** 3171  
**Seitensalmiak?**

## Hausfrauenverein

Magdeburg, Neuer Weg 1/2.

Am 1. September beginnt in unser Handelsbüro ein neuer Kursus für Buchführung, Stenographie (System Stolze-Sören), Schreibmaschine (System Remington und Post), Schönschreiben usw. Dauer des Kursus sechs Monate. 3155

Anmeldungen werden im Bureau, Neuer Weg 1/2, entgegen genommen. Prospekt gratis und franko. Der Vorstand.

## Zelida-Dauerwäsche!

ist die beste und billigste abwaschbare Leinen-Wäsche.



Schutzmarke.

**Zelida-Dauerwäsche**

ist das

**Original-Fabrikat!**

Wird viel nachgemacht, aber nicht erreicht!

**Kein Abblättern, jahrelang haltbar!**

Dauernd wasserdicht! Dauernd abwaschbar!  
Dauernd elegant!

Kragen . . . . . von 50 Pfg. an.  
Vorhemden . . . von 75 Pfg. an.  
Manschetten . . von 1.00 an.

**Allein-Verkauf**

## Hugo Nehab

Spezialgeschäft für Gummiwaren, Wachstuch, Linoleum.

Sieben erschienen:

## August Bebel zum Gedächtnis!

Preis 10 Pf. Ein illustriertes Gedenkblatt. Preis 10 Pf.

Bestellungen nehmen alle Aussträgerinnen und Kolportiere entgegen.

**Buchhandlung Volksstimme, Große Münzstraße 3.**

## Die große Nachfrage aus Arbeiterkreisen

veranlaßt uns, auch die größeren Massen zu unsern Kunden zu gewinnen und zu erhalten. Wir offerieren deshalb:

<b>Jackett-Anzüge</b> ein- und zweireihig, in modernen Farben schon von	<b>10.00</b> an
<b>Einzelne Hosen</b> gestreift	2.75 3.50 4.50 und höher
<b>Paletots und Ulster</b>	12.00 15.00 18.00 und höher

## Kaufhaus für Herren-Garderobe

Magdeburg

G. m. b. H.

Alte Ulrichstr. 3

# Beilage zur Volksstimme.

Nr. 200.

Magdeburg, Mittwoch den 27. August 1913.

24. Jahrgang.

## Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag zu Jena 1913.

### Internationales.

Da die internationale Situation im Berichtsjahr dauernd außerordentlich gespannt blieb, waren die Beziehungen der deutschen Sozialdemokratie zu den ausländischen Bruderparteien sehr lebhaft. Im September wurde ein gemeinsamer deutsch-englischer Aufruf veröffentlicht, der die Unterdrückung der Mitglieder der sozialistischen Fraktionen des englischen Unterhauses und des deutschen Reichstags trug. Der Aufruf richtete sich gegen die Kriegshetze und Rüstungstreiber diesseits und jenseits des Kanals und betonte den unerschütterlichen Friedenswillen der Arbeiterklasse der beiden Kulturen. Die deutsch-englische Spannung trat stark in den Hintergrund, als sich die Ereignisse auf dem Balkan im Herbst schnell zuspitzten. Als sicher schien, daß die Orientwirren zu einer kriegerischen Lösung führten, beantragte der Parteivorstand, daß das Internationale sozialistische Bureau früher, als beabsichtigt war, zusammenzutreten sollte. Das Bureau tagte vom 28. bis 30. Oktober in Brüssel und erließ am 30. Oktober an die Arbeiter aller Länder ein Manifest gegen den Krieg. Das Internationale sozialistische Bureau beschloß angesichts der internationalen Lage möglichst bald einen außerordentlichen Sozialistenkongress einzuberufen. Der für 1913 in Wien geplante internationale Sozialistenkongress sollte dann erst 1914 abgehalten werden. Noch vor dem Kongress fanden in den europäischen Hauptstädten am 17. November Massenmeetings gegen die Kriegshetze statt. In Berlin sprachen die Genossen Dr. Menner (Wien), Dr. Grady (London) und Jaurès (Paris), dem Javori verbod, in seiner Muttersprache zu reden, während die Genossen Scheidemann und Bernerstorfer (Wien) am gleichen Tage und zum gleichen Zweck in Paris Deutsch reden konnten. Von deutschen Genossen sprachen noch am 17. November Dr. Frank in London, Silberstein in Leeds und Moltenbuhr in Amsterdam.

Der außerordentliche internationale Sozialistenkongress fand am 24. und 25. November in der „Burghalle“ zu Basel statt. Diese einseitige Demonstration des internationalen sozialistischen Proletariats ist in der allgemeinen Uebersicht einigermassen Bericht bereits gewürdigt. Vor dem Kongress war vereinbart worden, daß Partei und Gewerkschaften je 40 Delegierte nach Basel entsenden sollten. Am Kongress nahmen insgesamt 74 Delegierte aus dem Deutschen Reich teil.

Als gegen Ende des Balkankrieges die deutsche und die französische Regierung mit Rüstungsplänen, die in gleichem Umfang noch nicht dagewesen sind, hervortraten, verständigten sich die sozialistischen Parteileitungen und Parlamentsfraktionen Frankreichs und Deutschlands auf ein gemeinsames Manifest gegen den Rüstungswahnsinn, das am 1. März in Paris und Berlin gleichzeitig veröffentlicht wurde. Auf dieses Manifest und auf die Berner Pfingstkonferenz ist an anderer Stelle des Berichts bereits näher eingegangen.

Als am 13. und 14. April unser französischer Genosse Compère-Morel in Magdeburg und Braunschweig auf Einladung unserer dortigen Genossen über den Kampf unserer französischen Bruderpartei gegen die französischen Chauvinisten reden wollte, wurde er in brutaler Weise daran gehindert. Das Vorgehen der Berliner Polizei gegen Jaurès am 17. November vorigen Jahres wurde damit noch weit übertrumpft.

Mehrere ausländische Bruderparteien haben wir, weil sie besonders schwere Kämpfe zu führen hatten, oder weil ihre Presseorgane unter besonders schwierigen Verhältnissen zu kämpfen hätten, im Berichtsjahr unsere tatkräftige Sympathie zuteil werden lassen.

An das Internationale sozialistische Bureau in Brüssel zahlte die deutsche sozialdemokratische Partei jährlich 2500 Frank.

### Rassenbericht.

Das Ergebnis des Rassenabschlusses ist nicht ungünstig. Der Rassenbestand am Schlusse des Geschäftsjahres war 79 118,30 Mark höher als im Vorjahr und 315 048,45 Mark konnten dem Vermögen zugeführt werden. Es ist sonach ein Ueberschuß von 394 166,70 Mark erzielt worden. Im Hinblick auf die schweren Kämpfe, die der Partei in Zukunft bevorstehen, und die auch die finanzielle Aufrüstung zur gebieterischen Notwendigkeit machen, ist das nicht viel.

Die Einnahme an Beiträgen aus den Organisationen ist nicht befriedigend. Sie ist unter Berücksichtigung der kürzeren Berichtsperiode gegen das Vorjahr nur um 0,9 Prozent gestiegen, während die Mitgliederzahl eine Steigerung von 1,3 Prozent erfuhr und obgleich eine Anzahl Kreisorganisationen ihren Mitgliederbeitrag erhöht haben. Der günstige Abschluß ist vorwiegend auf den Ueberschuß der Parteigewinne zurückzuführen, der insgesamt 579 787,34 Mark ergab. Bei der Position „Vorwärts-Ueberschuß“ ist im Berichtsjahr noch der Betrag für das letzte Quartal 1911/12 zur Verbuchung gelangt, so daß die Summe in unserem Abschluß erheblich höher ist als in dem des „Vorwärts“-Verlags.

Die Ausgaben weisen eine normale Entwicklung auf. Die erheblich höhere Summe bei dem Posten „Parteischule“ erklärt sich dadurch, daß im Vorjahr wegen der Reichstagswahl der Kursus ausgefallen war. Da aus dem gleichen Grund im Vorjahr auch die Bildungsarbeit zeitweise unterbrochen war, ist es erklärlich, daß für den Bildungsausschuß in den 9 Monaten des Berichtsjahres mehr aufgewendet worden ist. Der Posten „Darlehnskonto“ weist eine erhebliche Steigerung auf, da einigen Parteiläutern zum Ausbau ihrer Betriebe die ihnen vor der Reichstagswahl zugesicherte Hilfe gewährt werden mußte.

## Anträge an den Parteitag in Jena 1913.\*)

### Tagesordnung des Parteitags.

13., 16. sächsischer Wahlkreis, München 1 und 2, Hamburg 2, Weimar, Breslau, Pforzheim: „Der Parteitag möge beschließen, die staatliche Arbeitslosenversicherung auf die Tagesordnung des Parteitags zu setzen.“

Halle a. d. E., Bochum, Krefeld: „Der Parteitag möge die Massenstreikfrage behandeln.“

Leipzig - Remscheid - Mettmann: „Auf die Tagesordnung des deutschen Parteitags ist zu setzen: „Der Landtagswahlkampf in Preußen und welche Mittel sind in Anwendung zu bringen, um ein Wahlrecht zu erringen, das dem Volkswillen und den demokratischen Grundgesetzen entspricht?““

Silberstein: „Auf die Tagesordnung zu setzen: Die preussische Wahlrechtsfrage und der politische Massenstreik.“

\*) Nach der Aenderung des Organisationsstatuts durch den Chemnitzer Parteitag werden nur noch „Anträge von Parteiorganisationen“ veröffentlicht. Der Parteivorstand.

### Agitation.

Magdeburg: „Angesichts der immer drohender auftretenden Zeichen der beginnenden Wirtschaftskrise, die eine massenhafte Beschäftigungslosigkeit und infolgedessen unbegrenztes Massenelend zur Folge hat, das durch die der Sozialpolitik geschuldete allgemeine Teuerung noch verschlimmert wird; angesichts ferner der empörenden Untätigkeit der Reichs-, Landes- und Kommunalverwaltungen gegen diese die Arbeiterklasse bedrohenden Gefahren möge der Parteitag beschließen, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und ihrer Folgen eine nachhaltige Massenbewegung zugunsten der Einführung der Arbeitslosenversicherung durch das Reich einzuleiten.“

Kottbus - Spremberg: „Da die bisherigen Kampfmittel der Arbeiterklasse zur Erreichung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle öffentlichen Körperschaften allein nicht den gewünschten Erfolg gezeitigt haben, soll der Parteitag beschließen, die plannmäßige Erziehung der Arbeiterklasse zum politischen Massenstreik in die Wege zu leiten.“

Harburg: „Es soll eine Studienkommission eingesetzt werden, die sich mit der Agrarfrage zu beschäftigen hat. Die Ergebnisse sind dem nächsten Parteitag zu unterbreiten.“

Königsberg i. Pr.: „Der Parteitag wolle eine Kommission zum Studium der Agrarfrage einsetzen und sie ermächtigen, auch besoldete Mitarbeiter zur Erledigung ihrer Aufgaben heranzuziehen.“

20. sächsischer Wahlkreis: „Der Parteitag möge beschließen, mehr Wanderlehrer in der Partei für Bildungs- und Unterrichtsturse einzustellen.“

Spandau: „In Anbetracht dessen, daß die herrschende Klasse unter Zuhilfenahme aller ihr zu Gebote stehenden Machtmittel die denkbar größte Anstrengung macht, um die Jugend für ihre reaktionären Zwecke einzufangen, erscheint es notwendig, daß die Partei mehr als bisher ihre Aufmerksamkeit auf die Aufklärung der weiblichen Jugend richtet. Der Parteitag fordert deshalb den Parteivorstand auf, die Aufklärung der weiblichen Jugend über den künftigen Beruf als Mütter und Erzieherinnen ihrer Kinder im sozialistischen Sinne vorzubereiten.“

Halle a. d. E.: „Der Jenaer Parteitag von 1913 bekräftigt die Parteitagsschlüsse von 1905 und 1906 (Jena und Mannheim) zum Problem des politischen Massenstreiks. Der Parteitag empfiehlt dazu dringend die weitere Stärkung und Ausbreitung aller Parteien, Gewerkschaften und Genossenschaftsorganisationen. Er erwartet neben der Propagierung der Idee des Massenstreiks, daß die Partei in allen ihren Teilen und Instanzen — im Falle des Ernstes und der zwingenden Notwendigkeit einer kommenden politischen Gesamtsituation — alle vorbereitenden und ausführenden Maßnahmen mit den Gewerkschaften und den Genossenschaften ergreifen wird, um eine Generalstreik-Aktion zielicher und erfolgreicher zur Förderung höchster Lebensinteressen des Proletariats durchzuführen. Der Parteitag rechnet also unbedingt darauf, daß die sozialdemokratische Partei einer solchen historischen Aufgabe und kritischen Situation unter keinen Umständen ausweicht, sondern tatbereit sein wird, alle erforderlichen Konsequenzen daraus zu ziehen.“

Kassel-Melungen: „Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Kassel-Melungen ist angesichts des völlig unbefriedigenden Ausfalls der letzten Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus mehr denn je der Meinung, daß mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die Erringung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts erstrebt werden muß. Als solche Mittel sind anzusehen: Stärkung unserer Organisationen durch Ausbau sowie Bildung unserer Mitglieder, Aufklärung der Massen durch Verbreitung von Flugblättern bei besonders wichtigen preussischen Anlässen, Veranstaltung von Demonstrationen, parlamentarischen Aktionen unserer Reichs- und Landtagsfraktionen, selbständig und in Verbindung mit den linksstehenden Parteien, stärkere Beteiligung an den zukünftigen Landtagswahlen, gleichviel, unter welchen Bedingungen diese stattfinden, Bildung eines besonderen preussischen Wahlrechtsausschusses.“

Die Generalversammlung ist der Meinung, daß alle diese Mittel erneut und viel systematischer als bisher zur Anwendung gebracht werden müssen. Da jedoch damit gerechnet werden muß, daß selbst die volle Erschöpfung aller dieser Mittel nicht zur Erringung des gleichen Preussischen Wahlrechts führt, erscheint es der Generalversammlung zeitgemäß, über die Anwendung schärferer Kampfmittel zu beraten.

Die Generalversammlung erwartet daher vom Parteitag, daß er beschließt: Der Parteivorstand und die preussische Landeskommission haben gemeinsam mit der Generalkommission der Gewerkschaften zu erwägen, ob der von den Parteitag Jena 1905, Mannheim 1906 in die preussischen Kampfmittel aufgenommene politische Massenstreik bei der Frage des preussischen Wahlrechtskampfes als letztes Mittel in Anwendung gebracht werden kann.

Inzwischen ist es Pflicht aller Parteigenossen und Genossinnen, mit verdoppelter Energie für den Ausbau der politischen und wirtschaftlichen Organisationen tätig zu sein, da die erfolgreiche Durchführung eines politischen Massenstreiks die denkbar beste politische und wirtschaftliche Organisation des Proletariats zur Voraussetzung hat.“

Hannau: „Die Kreisgeneralversammlung begrüßt die Stimmen im Lande, die eine Erörterung der Frage der Massenaktionen des Proletariats zur Erringung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts in Preußen im Zusammenhang mit der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Situation verlangen.“

Die Versammlung hält eine gründliche Behandlung dieser Fragen durch den deutschen Parteitag wie die Organisationen für dringend geboten.“

Hannover: „Der Parteivorstand wird beauftragt, nach jedesmaligem Schluß einer Reichstagsession die in dieser vorgenommenen gesetzlichen Maßnahmen, soweit sie für die Allgemeinheit von Wichtigkeit sind, in Gestalt leichtverständlicher Agitationsbrochüren herauszugeben unter Berücksichtigung der Stellung unserer Fraktion zu den betreffenden Gesetzen. Die Broschüre wird den Wahlkreisorganisationen zum Zwecke der Verteilung gratis zur Verfügung gestellt.“

Der Parteitag beauftragt den Vorstand, eine Broschüre herauszugeben, die den Kampf um die Heeresvorlagen und die Deckungsvorlagen behandelt.“

Frankfurt a. M., Würges: „Der Sozialdemokratische Verein zu Frankfurt a. M. (hzm) die Kreisgeneralversammlung zu Würges begrüßt die Stimmung im Lande, die eine Erörterung der Frage der Massenaktionen des Proletariats zur Erringung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts in Preußen im Zusammenhang mit der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Situation verlangen. Eine gründliche Behandlung dieser Fragen durch den Parteitag und die Organisationen ist daher dringend geboten.“

## Aus der Parteibewegung.

Der brandenburgische Provinzialparteitag trat in Frankfurt a. d. O. am Sonntag zusammen. Provinzialsekretär Wels betonte, daß ein Rückgang an männlichen Mitgliedern zu verzeichnen sei, der nur weitgehend durch die Zunahme der weiblichen Mitglieder. Bei der im Bezirk verbreiteten sozialdemokratischen Presse mache sich derselbe Rückgang an Abonnenten bemerkbar, wie an vielen andern Orten. Die Bildungsbestrebungen werden in 13 Wahlkreisen durch 28 Bildungsausschüsse gefördert. Die „Arbeiter-Jugend“ hatte in 33 Orten 2655 Leser. Von den 29 im Bezirk errichteten Auskunfts-bureaus wurden 2065 Auskünfte erteilt. In längeren Ausführungen beschäftigte sich Wels mit der zurzeit geliebten Diskussion über den Massenstreik. Nach seiner Meinung habe es niemals bei einer Parteifrage ein größeres Durcheinander gegeben, wie hier. Die bisherigen Massenstreike lassen keinerlei Rückschlüsse auf die Durchführbarkeit des preussischen Massenstreiks zu. Er müsse sagen, daß die derzeitige Diskussion eine überflüssige und gefährliche sei. Ganz sicherlich wird der Massenstreik einmal in Anwendung kommen, dann aber wird es sein ein Kampf um die politischen Grundrechte des Volkes, ein Kampf gegen den Verzicht, die Koalitionen der Arbeiter zu zerbrechen. In der Frage der Steuerbewilligung sei eine künstliche Erregung gegen die Fraktion hervorgerufen worden. Gerade in Brandenburg habe die siegreiche Nachwahl in Pommern-Belzig, die erste nach Erledigung der Steuervorlagen im Reichstag, gezeigt, daß die breiten Massen volles Verständnis für die Haltung der Mehrheit der Fraktion haben. Wenn jetzt gesagt wird, daß auch direkte Steuern letzten Endes von den Arbeitern getragen werden, dann sollten die Vertreter dieser Auffassung konsequent sein und das Parteiprogramm revidieren und verlangen, daß jede Bewilligung von Reichssteuern verweigert werde.

Die Einnahme des Bezirks beträgt 37 685 Mark und die Ausgabe 34 843 Mark. In der Diskussion beschäftigte sich Genosse K. Liebknecht zunächst mit den Ausführungen Wels' über die Wehrvorlage: Er sei nicht in der Lage, der vorliegenden Resolution, die die Zustimmung der Fraktion zur Deckungsvorlage ausdrücklich billigt, zuzustimmen. Ueber den Massenstreik vertritt Redner seine bereits bekannte Auffassung. Genosse Braun hielt einen Vortrag über die Entwicklung der Stellung der Partei zur Agrarfrage. Er wies auf die Notwendigkeit hin, durch eine auf dem Parteitag oder vom Parteiausschuß zu wählende Kommission die neuen Tatsachen in der Agrarwirtschaft zu prüfen, um der Partei die Richtlinien in ihrer Stellung zur Agrarfrage zu geben.

Die Kreisgeneralversammlung des Zentralwahlvereins für Teltow-Beestow-Storkow-Charlottenburg nahm am 24. August zum Parteitag Stellung. Genosse Pagels sprach über die Situation in der Mitgliederbewegung, die Maifeier, die Stellungnahme der Fraktion zur letzten Militär- und den dazugehörigen Deckungsvorlagen und den Massenstreik. Mit der Maifeier könne es so wie bisher nicht weitergehen. Es müßte die deutsche Partei den Mut haben, auf dem nächsten internationalen Kongress zu beantragen, die Maifeier aufzugeben. Die Stellungnahme und Haltung der Fraktion verteidigte der Referent und betonte, daß sie in tatsächlicher und prinzipieller Hinsicht mit den programmatischen Grundsätzen der Partei in Widerspruch stünde. Den Massenstreik hält Redner zurzeit noch nicht für anwendbar. Die Organisationen (Partei und Gewerkschaften) müssen noch viel umfassender und aktionsfähiger sein. Von einem „Experimentierstreik“ müssen wir die Hände lassen, zubielt stünde für die Arbeiterbewegung auf dem Spiele. Genosse Bied brachte eine Resolution ein, in welcher die Generalversammlung die Haltung der Fraktion behauert und verlangt wird, daß der Parteitag seine Zustimmung zu dem Verhalten der Fraktion nicht gibt. Nach Begründung durch den Antragsteller wandten sich alle folgenden Redner entschieden dagegen. Bei der Abstimmung wurde die Resolution Bied mit großer Mehrheit abgelehnt, nur etwa 10 Delegierte von 166 erklärten sich dafür. Angenommen wurde ein Antrag, auf die Tagesordnung des Parteitags zu setzen: „Massenstreik und Wahlrechtsfrage“, und auf die Tagesordnung des nächsten zu setzen: „Die Agrarfrage“. Den Geburtenstreik auf dem Parteitag zu behandeln, wurde abgelehnt. Dem Parteitag soll noch eine Resolution unterbreitet werden, in der gesagt wird, daß sich immer deutlicher die Unmöglichkeit zeigt, mit den bisherigen Kampfmitteln das freie Wahlrecht in Preußen zu erringen. Der Parteitag möge deshalb beschließen, die Organisationen zu veranlassen, eine systematische Propaganda für den politischen Massenstreik zu betreiben. Zur Maifeier soll dem Parteitag noch ein Antrag unterbreitet werden, nach welchem alle Parteigenossen, die den 1. Mai feiern und keinen Lohnausfall haben, verpflichtet werden, den Tagesverdienst abzuführen.

Binder Cifer. Die „Volkszeitung“ in Zittau beleuchtete in satirischer Form ein Verbot des Stadtrats zu Zittau, das auch durch die Kreishauptmannschaft Baugen bestätigt worden war und die Ausführung des keinen Preussischen Theaterstücks „Der Teufel in der Wahluhr“ betraf. Die Satire bereitete dem Kreishauptmann zu Baugen großes Mißbehagen, das sogar das sächsische Ministerium erreichte. Es forderte schließlich den Kreishauptmann auf, Klage gegen den Verantwortlichen der „Volkszeitung“, Genossen Rauch, einzureichen und die Staatsanwaltschaft ersuchte das Disziplinarverfahren. Die Staatsanwaltschaft ging aber über die Wink des Antragstellers hinaus und schickte sich an, auch den Verfasser des betreffenden Artikels ausfindig zu machen. Man vermutete, daß der Reichstagsabgeordnete Genosse Edmund Fischer der Verfasser sei. Eine Hausdurchsuchung in der Redaktion der „Volkszeitung“ ergab wohl das Vorhandensein von zwei Artikeln und eines Briefes des Genossen Fischer, aber sonst nichts, was ihn als Verfasser des betreffenden Artikels hätte kempeln können. Später folgte eine Hausdurchsuchung beim Genossen Fischer selbst. Obgleich Fischer damals in Holland weilte, öffnete man seine Wohnung und über die Briefschaften des Genossen Fischer verhängte man die Postperze. Die Staatsanwaltschaft hatte aber eins vergessen, daß Genosse Fischer durch seine Immunität als Reichstagsabgeordneter gegen staatsanwaltschaftliche Untersuchungen geschützt war. Genosse Fischer machte sein Recht geltend und der Staatsanwalt mußte das beschlagnahmte Material wieder herausgeben. Gen. Rauch hatte sich nunmehr vor der Strafammer in Baugen zu verantworten. Der Verteidiger des Genossen Rauch machte Verjährung geltend, welcher Ansicht das Gericht sich anschließen und auf Einstellung des Verfahrens erkennen mußte, da jetzt Vornahme der letzten richterlichen Handlung mehr als 6 Monate verstrichen waren. Damit endete diese große Staatsaktion.

Die sozialistische Bewegung in Alaska. Das eilige Goldland der Vereinigten Staaten, das in der Breite Nord Sibiriens gelegen, auf 1 1/2 Millionen Quadratkilometer kaum 70 000 Einwohner zählt, hat bereits eine kräftige sozialistische Bewegung. Wie die Genossen Lena Morrow Lewis, Sekretärin der Partei, mitteilt, ist deren Organisation die stärkste politische im Lande. Das Wochenblatt „Appeal to Reason“ von Kansas wird dort in 900 Exemplaren gelesen. Bei den letzten Wahlen brachten unsere Genossen 35 Prozent der Stimmen auf. Dabei waren viele Bergarbeiter, die zerstreut auf der Goldsuche leben, durch die Ungunst des Klimas verhindert, zur Wahl zu gehen, ja von ganzen Bergmannsdörfern, dem stärksten Rückhalt der Bewegung, konnten die Stimmen nicht übermittelt werden. So wurde die Hoffnung der Genossen, diesmal schon die Mehrheit zu gewinnen, enttäuscht. Man hofft indes bestimmt, wenn erst Alaska als Unionstaat organisiert sein wird, so weit zu sein und einen sozialistischen Vertreter ins Repräsentantenhaus zu entsenden. Schon heute gibt es kaum einen Ort von einiger Be-

beutung ohne eine Parteiorganisation mit Bibliothek und einem mit den Wählern von Marx, Engels, Liebknecht, Debs, Keir Hardie geschnittenen Verklammsraum. Einer der ersten Erfolge ist die Eröberung des Frauenstimmrechts für alle Abstammungen.

## Aus der Gewerkschaftsbewegung.

**Zur Arbeitsaufnahme auf den Werften.** Die Aufnahme der Arbeit ist wiederum verschoben worden. Die Holzarbeiter in Bremen, Bremerhaven und Westfalen beharren noch weiter auf ihrem Standpunkt, die Arbeit nicht aufzunehmen. In allen übrigen Orten haben sich auch die Holzarbeiter bereit erklärt, die Arbeit aufzunehmen. Am Dienstag und Mittwoch finden in den gesamten Westfälischen Verwaltungen der Holzarbeiter statt, in denen zur Aufnahme der Arbeit Stellung genommen werden soll. Nach einer Mitteilung der Geschäftsstelle des Arbeitgeberverbandes in Hamburg an die Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes bleiben nunmehr die Arbeitsnachweise noch vorläufig geschlossen. Bis auch die Holzarbeiter in Bremen, Bremerhaven und Westfalen beschloßen haben, sich zur Aufnahme der Arbeit stellen zu wollen.

**Der Streik der Heizungsmonteur und -helfer von Rheinland und Westfalen** ist beendet. Die Sperre über die Heizungsfirmen ist aufgehoben. Da noch eine Anzahl Firmen vorhanden sind, die den neuen Tarif noch nicht anerkannt haben, werden die Monteur und Helfer erzwungen, vor Arbeitsaufnahme in Rheinland und Westfalen sich mit der betreffenden Verwaltungsstelle oder mit der Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Verbindung zu setzen.

**Allgemeine Aussperrung in der Beschäftigungsbranche in Mainz.** Die Fabrik „Gasparat u. Gußwerk“ sperrte am 22. August 200 Arbeiter aus. Am Sonnabend sind sämtliche Betriebe diesem Beispiel gefolgt, wodurch über 400 Arbeiter außer Tätigkeit sind. Veranlassung zu dieser Maßregel war, daß die Arbeiter in dem neuen Tarif, der 3 Jahre laufen sollte, eine Verkürzung der Arbeitszeit auf neun Stunden täglich und eine Erhöhung von 2 Pf. Stundenlohn wünschten. Nach erfolgter Aussperrung haben jetzt die bereinigten Fabrikanten noch einige Zugeständnisse gemacht, so daß eine Einigung nicht ausgeschlossen erscheint.

**Ludwig Rehgänger,** der frühere langjährige Redakteur des „Korrespondenten für Deutschlands Buchdrucker“, wurde in einer gut besuchten Versammlung des Bezirks Frankfurt des Verbandes der deutschen Buchdrucker und Schriftsetzer mit 394 von 534 Stimmen zum besoldeten Bezirksvorsitzenden gewählt. Er tritt sein Amt am 15. September an. Der jetzige Vorsitzende Heinrich Bachhaus tritt in die Generalkommission der freien Gewerkschaften als Statistiker ein.

**Gewerkschaftsangelegenheiten und § 193 des Strafgesetzbuchs.** Vor der Essener dritten Ferienkammer hatte sich der Angefallene des Deutschen Transportarbeiterverbandes in Bochum, Genosse Kimrzig, wegen öffentlicher Beleidigung der Essener Polizei zu verantworten. Die Beleidigung wurde in einem von Kimrzig verfaßten und verantwortlichen geschehenen Flugblatt an die Essener Chauffeure sowie in einem Vortrag erdhelt, den Kimrzig in einer öffentlichen Chauffeur-Versammlung gehalten hatte. In dem erschienenen Flugblatt sowie in seinem Vortrag soll der Angefallene der Essener Polizei den Vorwurf der schändlichen Behandlung der Chauffeure gemacht haben. Hierdurch fühlte sich die Essener Polizei beleidigt und stellte Strafantrag. Der Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 100 Mark eventuell 20 Tagen Gefängnis. Das Gericht kam zu einer Freisprechung, weil der Angefallene die Essener Polizei weder in seinem Flugblatt noch in seinem Vortrag genannt habe, im übrigen hätte der Angefallene als Angefallener seines Verbandes die Interessen der Mitglieder vertreten, er hätte deshalb in Erwägung berechtigter Interessen gehandelt. Die Kosten wurden der Staatskasse angedreht.

## Aus der Genossenschaftsbewegung.

Der „rote Lappen“ zieht nicht mehr! In der Nachschrift der technisch-industriellen Beamten wendet sich Herr Dr. Steiner energisch gegen die beliebten Versuche der Mittelständler, den Konjunkturereinen politische Tendenzen anzudeuten, indem er u. a. schreibt: „Man hat versucht, das Konjunkturgenossenschaftliche Prinzip in Widerspruch zu bringen, indem man es als Ausfluß der Bestrebungen einer bestimmten Partei hinstellte und so die tiefwurzelnde Abneigung weiter, auch sozial denkender Kreise des Bürgertums gegen diese Partei ausnutzte. Man hat die aus naheliegenden Entwicklungsgründen mehrfach vorhandene Personalunion der Führer der Genossenschaftsbewegung und der Sozialdemokratie gegen die genossenschaftliche Sache ausgepielt. Ähnliches hat man ja, wie allbekannt, auch in der Angestelltenbewegung den gewerkschaftlichen Organisationen gegenüber getan. Hier und dort gleich ungerecht. Denn weder die Idee, Arbeitnehmer derselben Art in Berufsvereinen zu organisieren, noch ihre Position als Verkäufer ihrer Arbeitskraft zu stärken, noch der Gedanke, die Konjunktur zahlreicher Warenverbraucher zur Selbstdeckung ihres Bedarfs zusammenzuführen, hat auch nur das Allgeringste damit zu tun, wie man sich zur gegenwärtigen Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung als Ganzes stellt. Jede dieser beiden Bewegungen — die gewerkschaftliche wie die genossenschaftliche — ist schon in ihrem eigenen Interesse gezwungen, alle, die ihr Helfer und Mitarbeiter sein wollen, aufzunehmen, ohne sie politisch nach Kam und Art zu fragen.“

## Aus der Jugendbewegung.

Die „sozialdemokratische Jugendliteratur.“ Die Erwartung der Arbeiterjugendbewegung hat den Satz der Gegner der Arbeiterbewegung überhand auf der ganzen Linie hervorgebracht. Aber trotz aller Anfeindungen gedeiht die Arbeiterjugendbewegung prächtig. Den Ursachen dieses Gedeihens sucht in den Preussischen Jahrbüchern Frau Dr. Agnes Gernsdorf auf den Grund zu gehen. Dabei kommt die Verleumdung zu einer hohen Anerkennung der „sozialdemokratischen Jugendliteratur.“ In dem Artikel wird u. a. gesagt: „Der Münchener Parteitag über den Ausbau der Jugendliteratur fiel auf fruchtbaren Boden: wie Hilge nach dem

## Städtisches Orchester.

Magdeburg, 25. August.

Konzert im Stadtheatergarten. Das heutige Programm ließ bis auf den Wiener Streich alle Eigenschaften vermischen, die in der gegenwärtigen Musik über das höchste Maß hinausgegangen sind. Es geht also auch ja, und wir wissen es selbstverständlich, daß das Publikum auch diesem besseren Programm seine Aufmerksamkeit schenkt. Schon die „Zampa“-Ouvertüre geriet als erste Nummer anzuwendende Beachtung. Die Meditation von Bach wird nie ohne Erfolg gespielt und der Abschied von Mendelssohn als „Hörner- und Trompeten“-Konzert hat sich auch ein besseres Konzertprogramm nicht ablehnend gegenüber. Dem zweiten Teile des Programms interessierte vorzugsweise der „Gang der Götter in Wald“ aus „Ahnung“ von Wagner, dessen instrumenteller Charakter parallel geht mit dessen Harmonik und einer Melodie, die sein und wirkt in den wenigen Instrumenten die seltsame Größe der Welt. Die Fiedlergabe des Hatten Schell aus „Krieg und Frieden“ ungenügend bespielte. Eben ganz anders Kutscherales zweite Stück in seiner Ouvertüre zur „Zampa“ Gernsdorf. Hier ist Harmonik und Melodie melodiöser als alles. Gernsdorf „Hörner“ aus der „Ahnung von Wagner“ bröckelt das Programm in andrer Weise.

Regen schossen die Erzeugnisse der sozialdemokratischen Jugendliteratur in die Höhe. Kein Alter blieb unberührt. Sehr bald fand sich eine Reihe erstarrter Pädagogen und Schriftsteller, die die Sache der Jugendliteratur in die Hände nahmen; der „Bildungsausschuß“ der Partei widmete ihr seine besondere Aufmerksamkeit, und es entstanden in Deutschland und Oesterreich eine Reihe von Büchern, die, wenn es in diesem Falle möglich wäre, von der Tendenz abgesehen, nach Inhalt und Form hohes Lob verdienen. . . . Wirklich ist das, was geboten ist, reich und vielseitig. Neben guten, meist biographischen Erzählungen und Schilderungen aus dem Berufsleben, neben kurzen programmatischen Artikeln der Parteigrößen aller Länder haben unsere besten Schriftsteller das Wort. . . . Aber all diese Bücher erreichen doch nur einen verhältnismäßig kleinen Leserkreis. Der Großbetrieb der sozialdemokratischen Jugendliteratur steckt in ihren Zeitschriften. Eine ganze Reihe von sozialdemokratischen Zeitungen bringt besondere Beilagen für die Jugend. Wichtiger aber als diese etwa alle vier Wochen erscheinenden Blättchen sind die selbständigen Zeitschriften, die allmählich in Laufenden von Exemplaren ihren Weg zu den 14- bis 18jährigen Arbeitern und Arbeiterinnen nehmen. . . . Der Inhalt der „Arbeiter-Jugend“ ist ungemein reichhaltig, und, was sich auch immer gegen sie sagen läßt, den Vorwurf, langweilig zu sein, kann man ihr nicht machen. Fast alle Beiträge sind in der Form außerordentlich geschickt; fließender, klarer Stil, wirkungsvolle Darstellung, eine Sprache, die sich, wo es der Gegenstand erfordert, oft zu starkem Pathos erhebt, machen die Lektüre anziehend und interessant. . . . Im allgemeinen konstatiert die Verfasserin, daß in der „sozialistischen Jugendliteratur“ „alles spricht von Leben, alles aktuell ist, im guten wie im schlechten Sinne, und vor allem: daß die Bücher und Zeitschriften den „Ton“ haben, einen Ton, der gleich weit von der Schulmeisterlei und Verbormung, wie von Selbsterhöhung oder von Sentimentalität entfernt ist.“ Demgegenüber erzählt die Verfasserin, ihr sei zufällig auf der königlichen Bibliothek in Berlin ein „bürgerliches“ Mädchenbuch in die Hände gekommen, das „einen übel und traurig machen konnte mit seiner verlogenen, süßlichen Sentimentalität, dem läppischen „Briefkasten“, den teils netzen, teils tragischen Novellen mit der obliquen Schlussperle.“ „Bäuflich“, so ruft die Verfasserin aus, „hier war kein „Klang der aufgeregten Zeit“ zu spüren, und niemand darf sich wundern, wenn die Sozialdemokratie die Lauge ihres Spottes über solche Bourgeois-Literatur ausschüttet.“

Nach einer sehr gründlichen Analyse des Inhalts der „sozialistischen Jugendliteratur“ findet die Verfasserin nur den einen großen Fehler, daß alles auf die Erziehung zu Klassenbewußten Proletariern angelegt ist. Was ist dagegen zu tun? Frau Doktor Garnad weiß als Antwort auf diese Frage wenig Rat zu geben. Wenn etwas bei der Lektüre der „sozialdemokratischen Jugendliteratur“ Eindruck gemacht habe, so sei es die Erkenntnis, daß hier ungezählte Männer und Frauen angespannt und opfermüde arbeiten, um ihrem Idealbild Wirklichkeit zu geben. Ein jeder solcher Männer müsse auch die bürgerliche Jugendbewegung haben. Die Verfasserin kann sich also ebensowenig wie andere bürgerliche Kritiker zu der Erkenntnis aufschwingen, daß wie die Sozialdemokratie auch die Arbeiterjugendbewegung aus den wirtschaftlichen Verhältnissen hervorgegangen ist und durch sie genährt wird; daß also der gute Wille des einzelnen, und wären es auch Tausende, dagegen nicht viel tun kann. Aber es sind doch anerkenntnismächtige Töne, die hier von der Verfasserin als einer Gegnerin der Arbeiterbewegung angeschlagen werden sind.

## Provinz und Umgegend.

Die Ausgaben des Provinzialverbandes der Provinz Sachsen.

Im neuesten Heft der Zeitschrift des kgl. preussischen Statistischen Amtes befindet sich eine Zusammenstellung der Ausgaben der Provinzialverbände, der das Jahr 1908 zugrunde gelegt ist. Diese Zusammenstellung wird für jede einzelne Provinz besonders dadurch interessant, daß man die Möglichkeit hat, die Ausgaben für die einzelnen Posten mit denen in den andern Provinzen zu vergleichen. Die Gesamtausgaben betragen in der Provinz Sachsen 14 631 000 Mark. Sachsen steht damit an der 7. Stelle, während die Provinz dem Flächeninhalt nach erst an 9. Stelle und der Einwohnerzahl nach an 5. Stelle steht. Die meisten Ausgaben hatte die Rheinprovinz mit 29 909 000 Mark, die geringsten Westpreußen mit 7 813 000 Mark. Auf das Quadratkilometer kommen in Sachsen 578 Mark, in der Rheinprovinz 1108 Mark, in Ostpreußen 268 Mark. Auf den Kopf der Bevölkerung kommen in Sachsen 4,9 Mark, in Hessen-Nassau 7,4 Mark, in Schlesien 3,8 Mark. Obenan stehen die Ausgaben für Verwaltung. Diese betragen in Sachsen 636 000 Mark. Sachsen hat damit fast die billigste Verwaltung, denn es kommen auf den Kopf der Bevölkerung nur 0,2 Mark. Die teuerste Verwaltung hatte Brandenburg mit 5 110 000 Mark oder 1 Mark auf den Kopf der Bevölkerung. Die verhältnismäßig billigste Verwaltung hatte die Rheinprovinz mit 823 000 Mark oder 0,1 Mark auf den Kopf der Bevölkerung. Am wenigsten gab Westpreußen dafür aus (578 000 Mark), doch kommen dort auf den Kopf der Bevölkerung 0,4 Mark. Für Landesmeliorationen wurden ausgegeben 610 000 Mark, in Schlesien aber 1 289 000 Mark, aber in Westpreußen nur 161 000 Mark. Für sonstige Förderung der Landwirtschaft gab Sachsen aus 312 000 Mark und wurde darin nur von der Rheinprovinz mit 680 000 Mark übertroffen. Westpreußen hatte dafür nur 33 000 Mark übrig. Förderung von Handel und Gewerbe kam in Sachsen am schlechtesten weg. Man gab dafür nur 5000 Mark aus. Alle übrigen Provinzen hatten wesentlich mehr dafür übrig, die Rheinprovinz sogar 154 000 Mark. Auch für Kunst, Wissenschaft und Unterricht hatte man in Sachsen nicht viel übrig, nur 59 000 Mark. Weniger gaben dafür nur Pommern (24 000 Mark) und Ostpreußen (37 000 Mark) aus. Die Rheinprovinz aber hatte 499 000 Mark dafür übrig. Verkehrsanlagen (Provinzialstraßen, Kleinbahnen, Wasserstraßen usw.) erforderten 3 774 000 Mark, gegen 5 749 000 Mark in der Rheinprovinz und nur 1 000 000 Mark in Westpreußen. Korrigierendenwesen und Armenpflege erforderten, wie in allen andern Provinzen, auch in Sachsen den Löwenanteil mit 6 042 000 Mark. In Schleswig-Holstein betrug diese Summe 3 954 000 Mark, in der Rheinprovinz jedoch 14 383 000 Mark. Für Vorseerziehung sind in der Provinz Sachsen beantragte 889 000 Mark, in Schleswig-Holstein nur 270 000 Mark, aber in der Rheinprovinz 2 943 000 Mark. Für Krankenpflege und Gesundheitswesen wurden ausgegeben 288 000 Mark, in der Rheinprovinz 1 500 000 Mark und in der Rheinprovinz 1 219 000 Mark, in Schleswig-Holstein aber nur 900 000 Mark. Beihilfen an Kreise und Gemeinden wurden gewährt 1 285 000 Mark. Darin wird die Provinz Sachsen von keiner andern Provinz übertroffen. Selbst die Rheinprovinz hatte dafür nur 1 200 000 Mark übrig. In Posten betragen die Beihilfen sogar nur 602 000 Mark. An sonstigen Ausgaben sind verzeichnet 31 000 Mark. Die Provinzen Westfalen, Hessen-Nassau und Rheinland haben diesen Posten gar nicht, Schlesien verzeichnet dafür nur 1000 Mark, Posen jedoch 969 000 Mark.

**Fermerleben, 26. August.** (Eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung) des Sozialdemokratischen Vereines fand am Mittwoch, abends 8 Uhr, bei Emil Siller statt, wozu sämtliche Mitglieder erschienen mußten. Das Mitgliedewort ist als Legitimation vorzulegen.

**Althaldensleben, 26. August.** (Der Sozialdemokratische Verein) hielt am Sonnabend abend eine Mitglieder-Versammlung ab, die mäßig besucht war. Die Versammlung ehrte das Andenken des Genossen Bebel in längerer Weise. Als Schriftführer

wurde Genosse Max Bäß, als Redner Genosse Fr. R. als Landtagsverbreiter wurden die Genossen H. B. und K. gewählt. Zur Agitation für den Verein wurde eine 5gliedrige Kommission gewählt. Derassenbericht vom 1. Quartal verzeichnete eine Einnahme von 255,23 Mark eine Ausgabe von 167,39 Mark. Die Mitgliederbewegung war insbesondere günstig. Vorhanden sind 126 männliche und 63 weibliche Mitglieder. Ein erfreulicher Aufschwung war im Abonnementstand der „Volksstimme“ zu verzeichnen. Genosse H. Beims hielt dann einen Vortrag über August Bebel.

(Schwere Gewitter.) von starkem Regen und Hagel begleitet, zogen am Sonntag abend über unsere Ort. Unter dem Obfbestand unserer Gärten und Plantagen und in den Tabak- und Rübenanpflanzungen wurde beträchtlicher Schaden angerichtet. Auch dürfte die Hoffnung unserer Landwirte, den Rest der Ernte, die schon unter Niederschlägen schwer gelitten hatte, diese Tage unter Da und Ja zu bringen, zerstört sein.

**Burg, 26. August.** (Einen Unfall) erlitt in der Schulfabrik von Taub die Arbeiterin Elise Reppin an der Schürmähmaschine. Das Mädchen wollte einige zwischen den Messern liegende Abfälle entfernen und kam dabei mit dem Fuße dem Tritte, welcher die Maschine in Gang setzt, zu nahe, so daß die Messer in Bewegung kamen und dem Mädchen den Finger der linken Hand verletzten. Die Arbeiterin fand im Krankenhaus Aufnahme.

(Freie Flugzeugführerprüfung) legten am Sonntag abend drei Schüler der Flugschule Schulp ab. Alle drei haben die gestellten Bedingungen in bester Weise erfüllt. Auch war am Sonntag ein lebhaftes Treiben auf dem Flugplatz. Herr Weiß übte sich in Gleitflügen aus ziemlicher Höhe. Abends fuhren die Flieger Weiß, Mann und Hude einen größeren Ueberlandflug aus, der Burg als erstes Ziel und Wendepunkt hatte. Bemerkenswert war die Begegnung der beiden Flieger Weiß und Mann in einer Höhe von 400 Metern.

(Der Vadenfluß am Sonntag.) Klage führen in einem Eingekandte die Handlungsgehilfen unserer Stadt über die Offenhaltung der Geschäfte am Sonntag weit über die gesetzliche Zeit hinaus. Der Sonntagsgeschäftsschluß um 1 Uhr wurde vor etwa 5 Monaten von der Kommission, die von der Stadtverordneten-Versammlung gewählt worden war, abgelehnt. Die Fraktion der 3. Abteilung hat diesen Antrag beim Magistrat beantwortet und so war er auch vom Magistrat der Stadtverordneten-Versammlung zugegangen. Wenn damals die bürgerliche Geschäftswelt, soweit sie in der Kommission vertreten war, diesen Antrag in aller Eile zurückgeworfen hat, so war es nicht mit der Motivierung, nicht in dessen Rechte eingreifen zu wollen, weil eine reichsgesetzliche Regelung bevorstände, so beweist diese Behandlung die furchtbare Rücksichtslosigkeit eines großen Teiles unserer Geschäftswelt. Der Beschluß hat damals bei dem andern Teile ja manches Kopfstütteln verursacht. Nun klagen die Angestellten gar über Nichtinhaltung dieser immerhin langen Verkaufszeit. Wenn wie ja anzunehmen ist, der angeführte Grund nur ein Scheingrund war, hinter dem sich die Angst vor einem Geschäftsausfall verbirgt, so kann dem entgegengesetzt werden, daß ein Rückgang im Verbrauch in den Ländern, in denen Sonntags die Läden ganz geschlossen sind, nicht stattgefunden hat. Aber auch in Deutschland ist von den meisten Konsumvereinen der Arbeiterschaft die vollständige Sonntagsruhe eingeführt und wird auch hierorts demnächst eingeführt. Trotzdem diese Länder unter scharfer Konkurrenz stehen, hat die gewiß nicht minder scharfe Kontrolle ergeben, daß auch nicht der geringste Ausfall zu verzeichnen war. Den Handlungsgehilfen aber ist nur der gute Rat zu geben, sich mehr und mehr dem Boden der freien Gewerkschaften zu nähern und auch im politischen Kampfe zu ihren Arbeitskämpfern aus andern Berufen zu halten. Für den wirklichen Fortschritt tritt nur die Sozialdemokratie ein. Das sollten sich Geschäftsleute und Angestellte merken, die mit dem jetzigen Zustand mit Recht unzufrieden sind. Dann wird das Mittel der Denunzation und der Ruf nach der Polizei sich erübrigen.

**Frohse, 26. August.** (Eine lebhaftes Schießerei.) deren Zweck nicht recht zu erkennen war, veranstalteten am Sonntag die beiden Polizeibeamten unsere Städtchens. Hinter der Badeanstalt schossen sie mit ihren Dienstrevolvern über die Elbe hinweg. Man sagt sie wollten ihre Waffen ausprobieren. Das kann schon stimmen. Aber zu solch gefährlicher Übung hatten sie einen sehr schlechten Platz und eine sehr ungünstige Zeit gewählt. Die Gefahr lag sehr nahe, daß Sonntagspaziergänger verletzt wurden.

**Halberstadt, 26. August.** (Um ihr Erbteil gebracht.) Vor der Strafkammer hatte sich der Kaufmann Hermann Compant aus Thale zu verantworten, der sich des Betrugs und des Diebstahls schuldig gemacht haben soll. Compant, der schon mehrmals, allerdings nur mit Geldstrafen, vorbestraft ist, betriebsfrüher in Döhlenburg, dann in Quedlinburg mit einer Filiale in Thale ein Möbel-, Manufaktur- und Kleidergeschäft, das später als Abzählungsgeschäft eingerichtet und vor etwa vier Jahren seinem jetzt 23jährigen Sohne Kurt übertragen wurde, der seinen Vater als Geschäftsführer anstellte. Daß die Übertragung des Geschäfts an seinen Sohn erfolgt ist, um sich den Zugriff seiner Gläubiger zu entziehen, bestritt der Angeklagte ganz entschieden. Außer dem Hauptgeschäft und der Filiale hatte das Geschäft auch eine Niederlage in Wernigerode, die aber 1911 nur noch als eine Agentur bestand, die in Händen des Gastwirts Kr. lag. Durch diesen lernte der Angeklagte im November 1911 die 70jährige Witwe Jürgens kennen, die bei Kr. wohnte. Die Witwe hatte von ihrem Manne 7000 Mark geerbt. Die Anklage nimmt an, daß Compant, nachdem er von der Erbschaft erfahren hatte, die Unerschlossenheit der betagten Frau ausgebeutet hat, um durch eine Reihe von unlauteren Machenschaften den Hauptteil dieses Vermögens an sich zu bringen. Der Angeklagte ist mit diesen Geschäften, bei denen tatsächlich das ganze Vermögen der alten Frau verloren gegangen ist, folgendermaßen vorgegangen: Nachdem die J. im November 1911 von ihm verschleierte Kleidungsstücke und Decken im Gesamtwert von 220 Mark gekauft hatte, wozu sie einen Teil bezahlte, stellte sie ihm eines Tages den 30jährigen Müllererbesellen Neugebauer als ihren Bräutigam vor, der sie heiraten wollte. Einige Zeit später kam Compant wieder nach Wernigerode und erzählte, daß die Brautleute sich eine selbständige Existenz suchten. Da er gehört hatte, daß Kr. seinen Gasthof verkaufen wollte, bot er ihm den beiden zum Kauf an. Aus dem Geschäft wurde jedoch nichts, weil die J. nicht genügend flüssiges Kapital hatte. Eines Tages im Januar 1912 traf der Angeklagte in der Eisenbahn von Magdeburg nach Genthersberge den Spediteur Kr. aus Garzgerode, der ihm mitteilte, daß er viel zu tun habe und gern ein paar Leute mit ins Geschäft nehmen möchte. Obwohl sich beide nur vom Sehen kannten, soll Kr. dem Angeklagten gleich die Lage seines Geschäfts klar dargelegt haben und ihm sogar für die Vermittlung zweier solcher „Stürben des Chefs“, die auch noch 5000 Mark ins Geschäft gehen“ sollten, eine Provision von 500 Mark versprochen haben, wozu Kr. nichts mehr wissen will. Daraufhin fuhr der Angeklagte nach Wernigerode, um den Brautleuten diese Stelle anzubieten. Er traf aber anfänglich nur den Gastwirt Kr. zu Hause, der ihm antwortete, die beiden taugten für solche Stellung nicht. Compant ließ sich aber von seinem Vorhaben nicht abbringen, sondern suchte schriftlich und auch mündlich der 70jährigen Frau, die gar nicht lesen und nur ihren Namen schreiben kann, Harzumachen, daß sie noch ganz gut den Posten, die für eine Auktionsbesitzer Papierfabrik Tüben bei Kr. zu haben hätten, versehen könne; Kr. sollte das Jntasso für das Fuhrgeschäft übernehmen. Für die Vermittlung der Stellen bei Kr. wurde eine Vergütung von je 500 Mark, zahlbar durch Frau J., festgesetzt. Auch jagt Compant ihnen, wenn sie dahin kämen, müßten sie neue Möbel haben, und es wurde ein Möbelkaufvertrag zwischen dem Abzahlungsgeschäft Compant und der J. über nahezu 1400 Mark aufgesetzt. Daß auf dem Vertrag das Datum des 12. Januar steht, erklärt der Angeklagte für einen Schreibfehler. Compant hatte erfahren, daß bei dem Erbteil der Witwe auch eine Hypothek von 5000 Mark sei, die sollte Kr. als Einzahlung erhalten. Sie fuhrten alle drei nach Halberstadt, wo Frau J. den Hypothekenbrief von ihrem Rechtsanwalt holte und Compant zur Einziehung zeigte. Während dieser damit rechnete, daß die





# Der Herr

## Unterhaltungsbeilage zur Volksstimme

Nr. 200 Magdeburg, Mittwoch den 27. August 1913

Neute hätten ja gleich gemunkelt, wenn er den Lukas Sene wein entlassen hätte.

Nun lag die ganze Zentnerlast auf ihm. Schwer und massig und drückend wie ein ungeheures Gebirge. Nun hing er von der Gnade und von der Schwermut eines einzigen Menschen ab.

Wie lange aber Kirchstecker schweigen würde? Und wie lange er überhaupt schweigen konnte? Eine Frist von Tagen. Wenn der Richter neuerdings in den schlichten Mann drang... wenn er von ihm dem Notar Erklärer, unmitteldbar Rücksicht in der Mündelangelegenheit verlangte. Was dann?

Ein kurzes heftiges Schluchzen erschütterte den Körper des starken Mannes. Dann stand er jäb vom Schreibtisch auf. Er hatte drinnen einen Wagen vorfahren hören. Das waren seine Kinder, die von Maran in die Ferien kamen. Sein Sohn Hans mit dem Motorrad in der Tasche. Seine Gelli, das liebe heitere Mädchen.

Der Notar fuhr sich mit der Hand durch das ergraute Haar, richtete sich langsam empor, als wenn er noch Stuhlwärter und zur Mensur anzutreten hätte. Dann ging er mit festen Schritten aus der Känglei, durch das Vorzimmer auf den Gang und seinen Kindern entgegen.

Der Schlossermeister Anton Kirchstecker hatte das Haus des Notars in der aufregtesten Stimmung verlassen. Nur jetzt nicht heimgehen. Wenn ihn da jemand fragen würde was ihm sei, würde er mit der ganzen Wahrheit heraussagen!

Das so etwas möglich war! Und er hatte jahrelang dem Notar vertraut. Jahrelang! Sagen dürfte er natürlich keinem Menschen ein Sterbenswortlein davon. Das mußte er. Er wollte ja gewiß nicht den Mund des Notars. Da hätten ihm schon Frau und Kinder zwölf erbarmt. Sedenfalls mußte es dem Notar schlecht gegangen sein. Aber trotzdem...

Kirchstecker rannte mit hochrotem Kopf draußen um die alten Mauern des Stadtklosters herum, den Wassergraben entlang, bog für eine Strecke in einen Nebenweg ein, um dann wieder zu den Mauern zurückzufahren. Er hatte kein Ziel. Nur gehen wollte er. Er fühlte, daß das für ihn eine Erleichterung war.

Sommer schneller rannte er. Er hörte und sah nichts. Er stierte nur immer vor sich hin. Gelder veruntrent. Ein Dieb. Und er, der Anton Kirchstecker, hatte dem Dieb alles anvertraut...

„Sa, Kirchstecker, wohin rennen Sie denn eigentlich?“ Der Schloffer blieb erschrocken stehen und schaute demjenigen, der ihn angerufen hatte, betwirrt ins Gesicht, ohne ihn im Moment zu erkennen. Es war der Bezirksrichter Urthaler, der dem aufgeregten Mann schon ein paarmal auf seinem Hundgang begegnet war, ohne von ihm bemerkt zu werden.

„Was ist Ihnen denn passiert, daß Sie so aufgeregt sind?“ forschte der Richter weiter. „Ah, Herr Bezirksrichter, quatsch! Ich sagte dem Schloffer und verfluchte es, sich ein unbefangenes Aussehen zu geben. Das gelang ihm aber nicht.“

### Das stille Nest.

Ein Tiroler Roman von Rudolf Grein.

Alle Bemühungen Erklärers, von Gurns fortzukommen, und ein neues einträglicheres Notariat zu erlangen, waren vergebens geblieben. Man hatte ihn offenbar dort oben in dem weltfernen Winkel vergriffen.

Solange der alte Bezirksrichter in Gurns war, ließ sich ja, wenn auch mit fortwährendem drückenden Sorgen, noch ertragen. Erklärer stand sich mit dem Bezirksrichter gut. Und das war wichtig bei der großen Abhängigkeit, in der sich ein Notar vom Richter befindet.

Seit der alte Richter jedoch in Pension gegangen war, wurde die Lage für Erklärer immer schlimmer. Der neue Richter war ein eifriger ultramontaner Parteigänger. Im übrigen ein vollkommener rechtslicher Charakter, ein pflichtgetreuer Beamter durch und durch. Aber auch ein strenger Bureaucrat, für den es außerhalb der Buchstaben des Gesetzes und der Amtsvorschriften nichts mehr gab.

Daß es zwischen Notar Erklärer und dem neuen Bezirksrichter Simon Urthaler zu keiner freundschaftlichen Beziehung kommen würde, ließ sich von allem Anfang an voraussehen. Das hätte schon die ganz schroff entgegengelegte Gesinnung der beiden Männer verhindert. Notar und Richter verkehrten nur amtlich miteinander. Sie in Weisheit zu treffen, vermiedten sie absichtlich.

In seiner Stellung bekam es der Notar bald deutlich zu fühlen, daß ihm der Richter nicht gemogen war. Die Einnahmen der Notariatskanzlei gingen von Jahr zu Jahr zurück. Verträge, welche die Bauern sonst bei Erklärer machen ließen, wurden jetzt bei Richter gemacht. Dort hatten es die Bauern umsonst. Der Bezirksrichter oder der Gerichtskanzlist besorgten ihnen die „Gefchriften“, für die sie früher den Notar extra hatten bezahlen müssen. Bei Richter hatten sie außer den Stempelgebühren keine weiteren Ausgaben.

Der neue Richter war in kurzer Zeit sehr beliebt. Besonders bei der Landbevölkerung. Den Bauern imponierte es namentlich auch, daß der Richter fleißig in die Kirche ging. Da konnte sich der Notar ein Beispiel nehmen! Den sah man nur zweimal im Jahr in der Kirche. In Kaisers Geburtstag und Namenstag.

Und so war es gekommen. Ein langjammer, aber starrer Untergrund. Ein materielles Gleichgewicht, ein langsames Sterben. So sicher und unaufhaltsam, wie der arme Pöbel vom Notar Erklärer dahinsiechte. Und schließlich hatte der schwergeprüfte Mann in seiner Verzweiflung zu ihm anvertrauten Gabeln gegriffen. Zuerst nur wenig und mit der bestimmten Hoffnung, es bald wieder ersehen zu können. Der Ertrinkende hofft ja immer.

Schließlich war es zu einer bedeutenden Summe geworden. Er und seine Familie mußten doch essen. Und seine Einkünfte hätten nicht einmal dazu gelangt. Seufzender es ihm ging, desto mehr trachtete er den Schein nach außen zu wahren. Deshalb bezieht er auch den Ertrinkenden in der Känglei, obwohl es wenig genug zu tun gab. Aber die

er schlichten Luft sorgen die am Ende der Hauptgänge befindlichen Luftlöcher. Ein brunnentartiges ausgebautes Schacht, mit weiten Ausgängen, dient als Ein- und Ausgang und zum Durch- und Durchlassen des frischen oder getrockneten Düngers. Der Dünger selbst wird von den Kavallerie-Regimentern oder Kavalleriegeschwadern gekauft. Wenn dieser Pferdeabgang, der angekauft auf etwa 1 Meter geschichtet ist, sich erhebt hat, wird er noch zweimal bis dreimal umgekehrt, so daß er eine Temperatur von circa 25 Grad und noch genügend Feuchtigkeit hat. In diesem Zustand wird er hinunter in die Steinbrüche geschafft. Da wird er dann in kleinen Hügel, 40 bis 50 Zentimeter hoch und 60 Zentimeter breit, aufgebaut. Zwei solcher Hügel stoßen zusammen, während zwischen dem zweiten und dritten ein Raum bleibt, um nötigenfalls Gießen und die Hügel wegzunehmen zu können. Nachdem sich die Hügel, die fest angebrannt werden müssen, nach 2 Tagen wieder erwärmt haben, wird die Erde (die feinsten Teilchen) auf die gleiche Weise ausprobiert werden muß) in Abständen von 12 bis 15 Zentimeter und etwa 8 Zentimeter tief gelegt und die Hügel 3 Zentimeter hoch mit guter, leichter Erde bedeckt. Nach wenigen Tagen schon kann man sehen, ob die Kultur anfällig ist. Die nötige Feuchtigkeit und Dunkelheit, die bei der Pilzkultur Hauptfaktoren sind, ist in den Steinbrüchen vorhanden. Das Gießen muß deshalb mit größter Vorsicht ausgeübt werden. Solche Kulturen sind sehr ergiebig, und die Arbeiter, die wissen, was gut ist, lohnen die Mühe der Gärner mit klingender Münze.

### Kunst und Literatur.

Redner und Hörer. Rede ist Zwiesgespräch.

Reinesfalls kann Güter sein bedeuten: ein Koch sein, das beständige Schwallen wüßig verflucht. Wer Schloßsprache hält, mag er auch hundert wehrlos Verdammter zu seinen Füßen haben, er ist niemals ein Redner.

In jedem Sprach des Alltags bestimmen die Unterarten der Redner; so muß es auch in der Rede sein, wenn sie wirklich Rede werden soll. Du hast die Wahl, alle zu packen, oder keinen.

Die ewige Plage: „Meine Wissenschaft ist zu hoch für diese Güter“, spottet über sich und weiß nicht wie. Das Schicksal der Wissenschaft zu machen ist doch gerade die Aufgabe. Grundsätzlich aufkommen müssen wir dabei freilich mit dem hochfahrenden Wort, aber als sei die vollkommene Darstellung etwas Niederes gegenüber der Sachmannschaft. Wichtig gefehlt, ist sie unendlich viel schwerer, ja nichts Wertigeres als der Krüppel, ob du dein Fach bis in jene Wurzeln hinein begriffst, wo es mit dem allgemeinen Menschengeist zusammenhängt.

Rede nur tief genug, und alle Ungleichheiten (der Bildung) sind wie mit einem Schlag aufgehoben.

Wo immer ein verbolter Mensch sein Inneres nach außen zeigt, da haben die Güter dankbar zu sein... Wahrheit dankbar ist nur, wer die Gabe annimmt, wirklich anzuwenden, so wie sie angenommen sein will.

Wie ihr den Redner aufschneid, so füllt er sich; je mehr ihr von ihm hinüberzieht in euer Gesicht, um so mehr schenkt er, und das ist die feinste Kunst des Hörens (auch im Leben), die so zu tauschen weiß, daß sie das Beste aus dem Nebenben herauslockt.

Diese klugen Worte, die auch in untrer profanistischen Bildungswelt beherzigt werden sollten, finden wir in einem Beitrag, den der Kaiserliche Gewerbe- und Handelsminister für die Jahrschrift zum 25-jährigen Bestehen der Gewerbetur in Jena (Verlag von Eugen Diederichs) beigezeichnet hat.

### Humor und Satire.

Vorbemerkungen. Berliner Sage: „Nu, Mutta, dies mal haste Dir aber 'n feinen Out jefooft!“ Mutter (tadelnd): „Setooft — Wüßi, jefooft?“ Die Mutter: „Ach tiel — jeflaut — hast 'n?“ (Küßige Mütter.)

Ein Nachengemmel. Ein Mann erzählte, daß er aus einer schätzlichen Familie kam.

„Wie viele waren Sie?“ wurde er gefragt.

„Wir waren zehn Knaben und jeder von uns hatte eine Schwester.“

„Wein Gott, dann waren Sie ja zwanzig Köpfe stark!“

Der Erzähler schüttelte den Kopf. „Durchaus nicht,“ sagte er, „wir waren nur elf.“

„Der Herr gab mir doch auch zwei, also hatte ich acht,“ erzählte der Junge. „Der Herr? Sa was für ein Herr war denn das?“ fragte ich. „Das sind antwortete nicht logisch, es hatte die Schwaditel mit der Kappe fallen lassen und las sie nun zusammen.“

„Was war das für ein Herr?“ wiederholte ich ungeduldig. „Das Kind sah erkannte zu mir auf und antwortete nicht ruhig.“

„Nun, der Herr von der Wiege eben.“ Dann fuhr er fort, seine Nasen zu einwärts zu ziehen, und ich konnte, wieviel Wahres an seiner Geschichte sein machte.

„Wie alt bist Du denn eigentlich, Kleiner?“

„Sechs Jahre!“ Er erlitterte sich den Schweißhüßel und lehnte seinen schmalen, dünnen Körper darin zurück. „Ich bin sechs Jahre; aber die Wiege sagt, ich sollte lieber schon sechs sein, dann hätte sie keine Plage mehr mit mir. Ich glaube, jeder hat eine Plage mit mir.“ fügte er nachdenklich hinzu.

„Nun hat gar kein Mensch, so zu sprechen,“ sagte ich ärgerlich. „Aber Vater sagt daselbe,“ nahm er Worte in Schutz, „und Mutter meint, es sei ungeschickt vom lieben Gott, daß er Leuten, die sie nicht wollen, Kinder schickt.“

### Industrie und Technik.

Magnete. Bis hierher gellen die Elektro-Magneten vom Rührer Polytechnikum, von Prof. Voss in den Vereinten Staaten und von Prof. Kaiser an der Universität Bern als die drei kräftigsten Magneten. Die drei können eine elektromagnetische Kraft von 45000 Gauß (= absolute Einheit der magnetischen Kraft) entwickeln; sie werden aber in Höhe eines kleinen bekommen, der sie an Leistungsfähigkeit noch übertrifft. In nächster Zeit soll nämlich im Laboratorium von Prof. Becquerel in Paris ein Elektromagnet von 50000 Gauß aufgestellt werden; er ist von Prof. Weiß von Zürich Polytechnikum konstruiert und erhält seine große Heftkraft hauptsächlich durch Anwendung von Ferro-Kobalt für die Pole.

Um ein langes, unausgeglichtes Arbeiten des Magneten zu ermöglichen — die drei erwähnten Magneten können höchstens zwei Stunden ununterbrochen arbeiten und sind dann glühend heiß — hat Becquerel an ihm ein ganz neuartiges Wasserstoffsystem zur Verwertung der tuncen Erwärmmung angebracht. Infolge dieser Konstruktion kann der Magnet 24 Stunden mit Vollkraft benutzt werden. Es ist Becquerel hauptsächlich darum zu tun, mit Hilfe seines Magneten die magnetische Wirkung auf die Struktur und Beschaffenheit der Materie, über das Verhalten von Molekül und Atom zu finden. Mit Rücksicht auf diesen Zweck hat er für die Konstruktion des Magneten bestimmt, daß aber die Gewichtfläche der Pole 272,25 Quadratzentimeter, also 16 2/3 Zentimeter in der Seitenlänge beträgt, daß aber die Pole im Maximum mit 2 Millimeter voneinander abstecken. Wenn innerhalb dieses kleinen Zwischenraums die richtigen Magnetschäfte in Wirksamkeit treten, so können sie die Materie fürnlich in Atome zerlegen. Es ist noch erwünscht, daß man auf dem letzten internationalen Physikerkongress bereits angeregt hat, einen Neutronmagneten von einer Million Gauß zu bauen, einen Apparat von ganz gewaltigen Kräften, er würde nach den Berechnungen des Direktors Willeaume von internationalen Mächten und Gewerkschaften die Kleinheit von 50 Millionen Mark betragen, es müßten also schon einige Mächte und Gewerkschaften hoch in die Tasche greifen, um das Projekt Wirklichkeit werden zu lassen.

### Naturwissenschaft.

Die Champignons-Kulturen in Paris. Paris ist die Stadt der Weine und eine pikante Küche, sondern auch bei Gerichten gerade das, was man bei uns mehr als Gaumenkultur bei besonders Anlässen genießt. Besonders als Gemüße betrifft, verfiel der Pariser (und der Franzose allgemein) sich nicht nur auf die besten Gemüse, wie Artischocken, Tomaten, Melonen, Pilze, nein, er versteht es auch, sie auf die vielfältigsten Arten zuzubereiten. Mit an erster Stelle steht da wohl der Champignon. Während die Züchtung dieses edeln, sehr schmackhaften Pilzes in Deutschland selten rein gewerblich und nur hier und da in Hof- und privaten Gärten erfolgt, gibt es in der Umgebung von Paris eine größere Anzahl betriebliger gewerblicher Champignonkulturen, die sich bei dem guten Geschmack der Pariser nicht schlecht lohnen werden. Wie ermöglicht man nun diese hoch veredelten Champignonschwämme? In der Umgebung von Paris, brauchen in Champignonkulturen, Gärten befinden sich alle, höchste Gebirgsbrüche; da diese Steinbrüche leicht ganz zum Keller gemacht werden können, sind sie die besten Brutstätten für den Pilz und werden von den Champignonzüchtern gepachtet. Die Züchtung in diesen Steinbrüchen ist, besonders in den Hauptgängen, die mitunter 300 Meter lang sind, gut, und für den Pilz

